

WIR ZIEHEN BILANZ

Zweiter Rechenschaftsbericht

Volt-Fraktion Wiesbaden

(Wahlperiode 2021–2026)

FUTURE  MADE IN EUROPE

2. Rechenschaftsbericht der Volt-Fraktion Wiesbaden

Einleitung – Warum dieser Bericht wichtig ist	2
Kleine Fraktion – große Wirkung	2
5 Jahre Volt-Fraktion Wiesbaden – vom Newcomer in die Regierungsverantwortung	3
Finanzpolitik 2022–2026: Investieren mit Verantwortung	6
Einsatz der Fraktionsmittel 2021–2024	9
Warum wir über Geld reden	9
Unsere Ausgangslage: Vergleichsweise wenige Mittel, hohe Ansprüche	10
Wofür wir unsere Fraktionsmittel einsetzen	11
Warum wir freiwillig mehr Transparenz schaffen	11
Was haben wir erreicht?	12
Was wir bewegt haben – in Zahlen	12
Digitalisierung und Smart City	17
Transparenz	19
Finanzen und moderne Verwaltung	19
Bezahlbares Wohnen	21
Soziales und Teilhabe	24
Umwelt und Klimaschutz	26
Mobilität	28
Stadtentwicklung und Schulbau	30
Sicherheit und Ordnung	32
Wirtschaft und Innovation	33
Hindernisse & Learnings	35
Finanzlage der Stadt und Konnexitätsprinzip	35
Politische Hindernisse und unser Umgang damit	37
Ressourcenknappheit und der Lernprozess einer jungen Fraktion	38
Was wir aus all dem gelernt haben	38
Blick nach vorn: Was wir jetzt angehen müssen	39
Fazit – Was bleibt und was kommt	42
Quellen	44

Einleitung – Warum dieser Bericht wichtig ist

Vielleicht hast Du Dich im Frühjahr 2021 gefragt: Kann eine neue, kleine und europäisch ausgerichtete Fraktion im Wiesbadener Stadtparlament überhaupt etwas bewegen? Heute, fast fünf Jahre später, lautet die ehrliche Antwort: Ja – und zwar erstaunlich viel. Dieser Rechenschaftsbericht zieht Bilanz: Er zeigt, was wir erreicht haben, wo wir gescheitert sind, welche Hürden wir überwinden mussten – und welche Lehren wir daraus gezogen haben.

Die Wahlperiode 2021–2026 war von Krisen und Herausforderungen geprägt. Das Stadtparlament drohte zu Beginn der Wahlperiode zeitweise handlungsunfähig zu werden, weil bei den größeren Fraktionen eine gemeinsame Linie fehlte. Grüne, SPD, Linke und Volt entschieden sich daraufhin für eine Kooperation und übernahmen Verantwortung für unsere Stadt. Wir waren bereit, diesen Schritt zu gehen – geleitet von der Überzeugung: „Wer Wandel fordert, muss bereit sein, ihn mitzugestalten.“ Nach den schwierigsten Phasen der Corona-Pandemie (zur Erinnerung: bei der letzten Kommunalwahl im Frühjahr 2021 war die Impfkampagne noch ganze am Anfang) sah sich Wiesbaden unmittelbar mit weiteren Herausforderungen konfrontiert: dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022, drastisch steigenden Energiepreisen, hoher Inflation und immer mehr Pflichtaufgaben bei begrenzten finanziellen Spielräumen in den darauffolgenden Jahren.

Kleine Fraktion – große Wirkung

Trotz der schwierigen Umstände haben wir als junge Fraktion viel auf den Weg gebracht. Wir stellten solide städtische Haushalte auf, initiierten Deutschlands erstes Dezernat mit dem Schwerpunkt Smart-City und stießen Projekte wie beispielsweise die Wohnsitzanmeldung per Video-ID an, die über Wiesbaden hinaus Beachtung fanden und neue Maßstäbe setzten. Ob Klimaschutz, Mobilität, digitale Verwaltung oder soziale Gerechtigkeit – in vielen Bereichen haben wir unserer Stadt neue Impulse gegeben.

Mit nur drei Stadtverordneten haben wir überdurchschnittlich viel geleistet. Seit 2021 haben wir insgesamt 674 öffentliche Anträge alleine oder mit verschiedenen politischen Partnern im Rathaus eingebracht (vgl. Tabelle 3). Das entspricht 224,67 Anträgen pro Fraktionsmitglied – ein Spitzenwert unter allen Fraktionen (vgl. Abbildung 1). Zugleich

konnten wir rund 72 % unseres Wahlprogramms vollständig oder teilweise umsetzen (vgl. Tabelle 4). Für eine so kleine Fraktion ist das ein großer Erfolg und zeigt, was man mit Entschlossenheit und effizienter Arbeit erreichen kann. Transparenz ist uns dabei ein besonderes Anliegen – als einzige Fraktion legen wir offen, wofür wir unser Budget ausgeben.

Viele der Projekte, an denen wir gearbeitet haben, werden erst in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung entfalten, zum Beispiel die kommunale Wärmeplanung, wichtige Verwaltungsreformen oder neue Smart-City-Prozesse. Wiesbaden hat das Potenzial, eine sozial gerechte, klimafitte, digitale und wirtschaftlich starke Stadt zu werden. Dieses Fundament haben wir in dieser Wahlperiode mitgelegt. Nun braucht es langen Atem, um den Weg konsequent weiterzugehen. **Mach Dir auf den folgenden Seiten selbst ein Bild davon, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben – und was jetzt für die Zukunft Wiesbadens auf dem Spiel steht.**

5 Jahre Volt-Fraktion Wiesbaden – vom Newcomer in die Regierungsverantwortung

Eine neue Kraft in schwierigen Zeiten

Im Frühjahr 2021 zog Volt erstmals ins Wiesbadener Stadtparlament ein – mit drei Mandaten, viel Idealismus und dem Anspruch, Kommunalpolitik moderner, transparenter und lösungsorientierter zu gestalten. Die Ausgangslage hätte kaum herausfordernder sein können: Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und steigende Inflation setzten den städtischen Finanzen zu. Gleichzeitig fehlte eine stabile politische Mehrheit – monatelang kam keine Koalition zustande und die Stadt drohte in Handlungsunfähigkeit zu versinken. Weder ein Bündnis aus CDU, SPD und FDP noch aus Grünen, SPD und FDP kam zustande – das Stadtparlament steckte in einer Patt-Situation. Volt war neu auf der politischen Bühne und musste sich zunächst in die Arbeit des Stadtparlaments einfinden. Als kleine Fraktion – bestehend aus Janine Maria Vinha (Fraktionsvorsitzende), Daniel Weber und Achim Sprengard – lernten wir rasch die parlamentarischen Abläufe, knüpften Netzwerke und setzten erste Schwerpunkte. Von Anfang an legten wir Wert auf evidenzbasierte Entscheidungen, digitale Arbeitsweisen

und Bürgernähe. Dieser moderne Ansatz zahlte sich aus: Bereits in den ersten Monaten konnten wir eigene Impulse setzen, vor allem in unseren Kernthemen Digitalisierung, Transparenz und nachhaltige Stadtentwicklung. Schnell war klar, dass wir effizient arbeiten müssen, um mit begrenzten Ressourcen unsere Ziele verwirklichen zu können – doch genau das machte uns stark. Die Frage stand im Raum: Wie würde sich eine neue, kleine Fraktion in diesem komplexen Umfeld behaupten? Denn gerade in dieser unsicheren Situation war Volt als neue, progressive Kraft gefragt, Verantwortung zu übernehmen und frischen Wind ins Rathaus zu bringen.

Um die Blockade im Stadtparlament zu lösen und die Stadt handlungsfähig zu halten, wagten Volt und drei andere Parteien etwas Neues: Im Herbst 2021 brachten wir mit Grünen, SPD und Linken zusammen einen gemeinsamen Haushaltsentwurf ein. Dieses Interim-Bündnis war noch keine formale Koalition, aber die inhaltlichen Schnittmengen reichten aus, um gemeinsam einen Doppelhaushalt für die Jahre 2022/2023 zu erarbeiten und zu beschließen. In dieser Phase zeigte sich erneut unser konstruktiver Einfluss. Der Haushalt setzte klare Akzente unter dem Leitmotiv „ökologisch, sozial, digital“. So konnten wir direkt am Beginn der Wahlperiode den finanziellen Grundstein für das Social and Sustainability Startup-Hub zur Förderung von Startups mit Schwerpunkt auf den Themen Kreislaufwirtschaft und Gemeinwohlorientierung legen, und die flächendeckende Ausstattung von Schüler*innen mit Tablets anstoßen.

Der Erfolg dieses Doppelhaushalts machte deutlich, dass eine vertiefte Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt möglich und sinnvoll ist. Anfang 2022 begannen daher offizielle Gespräche zwischen Grünen, SPD, Linken und Volt mit dem Ziel, für die restliche Wahlperiode eine stabile Regierungsmehrheit zu bilden. Anstatt eine klassische Koalition einzugehen, entschieden wir uns bewusst für eine flexiblere Kooperation – ein Modell, das mehr Freiraum für jede Partnerfraktion ließ und dennoch Verlässlichkeit in wichtigen Fragen schuf. Am 15. Juli 2022 war es dann soweit: Der Kooperationsvertrag „Wiesbaden gemeinsam gestalten – Ökologisch – Sozial – Digital“ wurde unterzeichnet. In diesem 135-seitigen Abkommen einigten wir uns auf gemeinsame Leitlinien in der Kommunalpolitik. Für Volt bedeutete dieses Bündnis einen Meilenstein: Wir konnten viele unserer Kernanliegen – von Open Data über Smart City bis hin zu echter Verwaltungsmodernisierung und moderner Wirtschaftsentwicklung – fest in der Wiesbadener Stadtpolitik verankern. Gleichzeitig war klar, dass wir nun Mitverantwortung für die Stadtregierung tragen würden.

„2021 haben wir als neue Fraktion nicht erwartet, so früh Verantwortung zu übernehmen. Über die Wahlperiode hinweg haben wir uns aber dieser Verantwortung gestellt und gezeigt, dass auch eine kleine Fraktion viel bewegen kann.“

— Janine Vinha, Fraktionsvorsitzende

Unser Eintritt in die Regierungskooperation veränderte die politische Kultur im Rathaus. Volt brachte eine neue Arbeitsweise und frischen Spirit ein: pragmatisch, transparent, digital und lösungsorientiert. In den internen Abstimmungsrunden der Kooperation fungierten wir oft als Brückenbauer zwischen den Partnern und als Motor für Innovationen. Unsere große Chance lag darin, eigene Akzente zu setzen, ohne die Zusammenarbeit zu gefährden. So kämpften wir immer wieder dafür, dass zentrale Versprechen aus unserem Wahlprogramm tatsächlich umgesetzt wurden – trotz mancher Kompromisse, die eine Mehrparteien-Kooperation immer erfordert. Wichtig war uns auch ein neuer Umgangston: weniger parteitaktisches Geplänkel, mehr sachbezogene Debatte. Wir haben gezeigt, dass eine kleine Fraktion Großes bewirken kann, wenn sie verlässlich und kompetent agiert. Nicht alles lief reibungslos: Politische Widerstände und die Trägheit einer großen Verwaltung bremsen einige Vorhaben. Doch am Ende ist unsere Bilanz positiv – Volt hat sich in der Kooperation als zuverlässige, impulsgebende Kraft etabliert, die Verantwortung übernimmt und Ergebnisse liefert.

Modernisierungsschub: Das erste Smart-City-Dezernat Deutschlands

Ein besonders sichtbarer Erfolg der neuen Kooperation war die Einrichtung eines Volt-geführten Dezernats – und das mit einer deutschlandweiten Premiere: Wiesbaden schuf 2022 das erste „Smart City-Dezernat“ (Dezernat VII). Dieses neue Verwaltungsressort für Smart City, Europa und Ordnung bündelt Themen, die Volt am Herzen liegen: digitale Modernisierung, europäische Vernetzung und bürgernahe Dienstleistungen. Die damals 31-jährige Volt-Politikerin Maral Koohestanian wurde Ende 2022 zur jüngsten Dezernentin Wiesbadens gewählt und hat seit Amtsantritt frischen Wind in die Verwaltung gebracht. Unter ihrer Leitung wurden innerhalb kurzer Zeit wichtige Innovationsprojekte angestoßen/verwirklicht:

- Das Dezernat VII hat es den Bürger*innen ermöglicht, die Ummeldung des Wohnsitzes bequem von der Couch aus zu erledigen – ebenso wie viele weitere Verwaltungsdienstleistungen, die inzwischen digital angeboten werden.

- Um die (digitale) Teilhabe zu stärken, hat das Dezernat VII das „Zukunftswerk“ ins Leben gerufen, in dem die Verwaltung durch vielfältige Veranstaltungen erlebbar und greifbar wird.
- Für die Stadt entwickelt das Dezernat VII zudem den „Digitalen Zwilling Wiesbaden“ kontinuierlich weiter und bindet dabei aktiv das Feedback der Bürger*innen ein.
- Darüber hinaus hat das Dezernat mehr als 1,7 Millionen Euro an Fördermitteln für die Smart City Wiesbaden eingeworben.
- Mit der WiBox, einer digitalen Dokumentenabholstation, mit Solarbänken im Stadtgebiet sowie dem mobilen Bürger*innenkoffer trägt das Dezernat dazu bei, den Alltag der Bürger*innen jeden Tag ein Stück smarter zu gestalten.
- Zudem hat es ermöglicht, dass die Bürger*innen Europa über vielfältige Veranstaltungsformate kennenlernen konnten.
- Daten sind das Gold der Zukunft: Es existiert nun eine stadtweite und einheitliche Strategie zur Datenerfassung und -nutzung innerhalb der Stadtverwaltung. Auch wir waren erstaunt, dass sich vorher noch niemand darüber Gedanken gemacht hat.
- Die Stadt Wiesbaden besitzt nun ein Open-Data-Portal, von dem insbesondere die Zivilgesellschaft, lokale Bildungseinrichtungen und die lokale Wirtschaft profitieren werden.

Finanzpolitik 2022–2026: Investieren mit Verantwortung

Die finanzielle Lage Wiesbadens bleibt eine ständige Herausforderung. Volt hat in den Haushaltsverhandlungen 2022–2026 stets auf eine ausgewogene Finanzpolitik hingewirkt: Investieren in die Zukunft, aber konsolidieren, wo möglich. Dieses Motto spiegelte sich in den Haushalten der Kooperation:

- **Doppelhaushalt 2022/23:** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir in einer Phase großer Unsicherheit ein klares Signal der Handlungsfähigkeit gesetzt und im Herbst 2021 einen Haushalt vorgelegt, der Wiesbaden ökologisch, sozial und digital deutlich voranbringt. Rund 30 Mio. Euro wurden für aktiven Klimaschutz

bereitgestellt, darunter 20 Mio. Euro in einen neuen ressortübergreifenden Klimafonds, der Projekte in der gesamten Verwaltung ermöglicht. Mit dem Haushalt wurden außerdem wichtige soziale Weichen gestellt: ein Kita-Ausbaupaket, mehr Sozialarbeiter*innen, die Kostenfreiheit der Stadtbibliothek, sowie stärkere Förderung für Jugendorganisationen und die freie Kulturszene. Für bezahlbare Mobilität haben wir beschlossen, das Schülerticket ab 2023 auf 15 Euro im Monat zu senken. Zusätzlich wurden 15 Mio. Euro für aktive Bodenpolitik eingeplant, um Grundstücke für Wohnungsbau und soziale Infrastruktur zu sichern. Mit 17 Mio. Euro für digitale Maßnahmen und Investitionen in mobile Endgeräte für Schüler*innen wurde zugleich ein kräftiger Digitalisierungsschub angestoßen.

- **Haushalt 2024:** Unter dem Druck weltweiter Kostensteigerungen stand Stabilisierung im Vordergrund. Wir verzichteten auf einen Doppelhaushalt, um flexibel auf Krisen reagieren zu können, und legten einen Ein-Jahres-Haushalt vor. Trotz eines Defizits von rund 40 Mio. Euro blieb der Etat sozial ausgewogen: Gespart wurde vor allem intern in der Verwaltung (z. B. pauschale Kürzungen bei Sach- und Energiekosten und der Verschiebung der Rathaussanierung), während im sozialen Bereich keine harten Einschnitte kamen. Grundsteuer und Hundesteuer blieben unverändert, stattdessen wurden moderate Mehreinnahmen durch Anpassung der Zweitwohnsitzsteuer, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer und Kurbeiträge erzielt. Einige Bereiche erhielten sogar zusätzliche Mittel, etwa Kitas und auch die kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Schulen konnte eingeführt werden.
- **Haushalt 2025:** Die Kooperation setzte weiterhin auf Stabilität als Basis für Transformation. Wieder beschlossen wir aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen einen Einzelhaushalt. Trotz knapper Mittel hielten wir die Investitionen in drei Zukunftsfelder aufrecht: Klimaschutz/Energiewende (Förderung dezentraler Energieprojekte), multimodale Mobilität (Ausbau klimafreundlicher Verkehrsmittel) und digitale Modernisierung (nutzerfreundliche Online-Dienste, Bürokratieabbau, Open Data). Wichtig war Volt dabei, Belastungen für Bürger*innen minimal zu halten: Eine Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer haben wir durch intensive Verhandlungen verhindern können. Notwendige Einsparungen erfolgten strukturell – vor allem durch effizientere

Prozesse, Digitalisierung und bessere Projektsteuerung innerhalb der Verwaltung, statt Leistungen für die Bürger*innen zu kürzen. Zudem initiierten wir gemeinsam mit dem Haushalt einen Begleitantrag für eine Verwaltungsstrukturreform, um langfristig Kosten zu senken und die Effektivität der Stadtverwaltung zu steigern.

- **Haushalt 2026:** Zum Abschluss der Wahlperiode gelang der Kooperationsmehrheit ein starkes Signal: Ein ausgeglichener Haushalt ohne Defizit, ohne Steuererhöhungen und ohne Kürzungen im Sozialen – trotz weiterhin angespannter Rahmenbedingungen. Erneut galt das Motto „ökologisch – sozial – digital“: Klimaschutz (Energieeffizienz, erneuerbare Wärme, nachhaltige Mobilität) und Soziales (Investitionen in Schulen, Kitas, Prävention und Teilhabe) blieben priorisiert. Sogar die IT-Sicherheit der Stadt wurde gestärkt (3,5 Mio. Euro zusätzlich für den städtischen IT-Dienstleister). Unmittelbar vor dem Haushaltsbeschluss wurden wir jedoch vor eine große Herausforderung gestellt. Das Land Hessen änderte seine Prognose für den kommunalen Finanzausgleich – mit spürbaren Mindereinnahmen für Wiesbaden, begründet durch die hohe Wirtschaftskraft der Stadt. Aufgrund der sehr kurzen Vorlaufzeit blieb nur die Möglichkeit, diese veränderte Einschätzung aufzugreifen und die Gewerbesteuererinnahmen an das oberste Ende der erwartbaren Bandbreite anzupassen. Dieser Haushalt zeigte: Mit politischem Willen lässt sich eine finanzielle Gratwanderung meistern, ohne die soziale Substanz der Stadt anzutasten.

Ein roter Faden war all diese Jahre Volts Einsatz für faire Finanzbeziehungen zwischen Kommune und übergeordneten Ebenen. Viele neue Aufgaben – etwa in der Kinderbetreuung, Integration oder Daseinsvorsorge – wurden der Stadt von Land und Bund übertragen, ohne, dass ausreichend Mittel mitkamen. Wir haben daher immer wieder betont, dass das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, bezahlt“) endlich konsequent umgesetzt werden muss. Nur so lässt sich die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen langfristig beheben. Bis das Konnexitätsprinzip eingehalten wird, heißt unsere Devise: Fördermittel nutzen, Prioritäten klar setzen und keine Tabus bei internen Einsparungen, um das Gemeinwesen nicht zu schwächen.

**„Natürlich gab es Diskussionen – aber genau das macht Demokratie aus.
Am Ende haben wir uns auf die Themen konzentriert, die uns verbinden.“**

Mit dem Ziel: Wiesbaden lebenswerter und zukunftsfähig zu machen.“

— Daniel Weber, Stadtverordneter

Einsatz der Fraktionsmittel 2021-2024

Warum wir über Geld reden

Politische Wirksamkeit zeigt sich nicht nur durch Anträge, Beschlüsse und Pressemitteilungen. Sie zeigt sich auch daran, wie verantwortungsvoll eine Fraktion mit öffentlichen Geldern, den Fraktionsmitteln, umgeht, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Zudem erhalten die Fraktionen Räumlichkeiten seitens der Stadt zusätzlich zu den genannten Geldern. Fraktionsmittel sind jedoch keine Pauschale für politische Arbeit im Allgemeinen, sondern dienen ganz konkret den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung, z. B.: Personalkosten, Recherche, Auswertung von Verwaltungsvorlagen, Büroorganisation, rechtliche und fachliche Expertise sowie interne Weiterbildungen. Wie die Fraktionen die Mittel verwenden dürfen ist durch die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und durch die städtischen Fraktionsfinanzierungsbestimmungen geregelt. Dabei gilt, dass die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung beachtet werden müssen.

Die Höhe der Fraktionsmittel richtet sich in Wiesbaden ausschließlich nach der Zahl der Stadtverordneten. Dieses System ist logisch und transparent, führt aber automatisch zu großen Unterschieden zwischen den Fraktionen. Eine Fraktion mit zwölf Mandaten erhält ein Vielfaches an Fraktionsmitteln, als das, was eine Fraktion mit drei Mandaten erhält. Das ist nicht unfair – aber es ist ungleich. Kleine Fraktionen müssen deutlich stärker priorisieren, effizienter arbeiten und oft mit deutlich weniger Personal auskommen. Für uns war zudem von Anfang an klar: Wer Transparenz fordert, muss bei sich selbst beginnen. Wir veröffentlichen deshalb als einzige Fraktion im Wiesbadener Stadtparlament die Verwendung der eigenen Fraktionsmittel. Gerade in einer Zeit, in der Vertrauen in Politik nicht selbstverständlich ist, halten wir das für unverzichtbar. Fraktionsmittel sind Steuergelder. Bürger*innen sollten das Recht darauf haben, zu wissen, wofür jeder Euro ausgegeben wird.

Unsere Ausgangslage: Vergleichsweise wenige Mittel, hohe Ansprüche

Als eine der drei kleinen Fraktionen im Stadtparlament erhielt Volt in den Jahren 2021 bis 2023 jeweils 138.000 Euro p.a. an Fraktionsmitteln – im Vergleich zu über 500.000 Euro, die CDU, SPD und Grüne im gleichen Zeitraum jährlich zur Verfügung hatten (Tabelle 1). Mit der Erhöhung der Fraktionsmittel ab 2024 stiegen unsere Mittel auf 153.070 Euro (2024) und 164.640 Euro (2025). Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir unsere Arbeit mit einem Bruchteil der Ressourcen leisten, die den größten Fraktionen jährlich zur Verfügung stehen. Die Anforderungen sind hingegen weitgehend gleich.

Tabelle 1: Fraktionsmittel der Fraktionen nach § 36a Abs. 4 HGO

Fraktionsmittel der Fraktionen nach § 36a Abs. 4 HGO (Q1-Q4, eigene Berechnung)						
	2021*	2022	2023**	2024**	2025**	2026
CDU	484.566,67€	524.400,00 €	524.400,00 €	581.650,00 €	625.640,00 €	Erhöhung beschlossen
Grüne	476.866,67€	508.300,00 €	508.300,00 €	563.790,00 €	606.430,00 €	Erhöhung beschlossen
SPD	476.866,67€	508.300,00 €	508.300,00 €	563.790,00 €	606.430,00 €	Erhöhung beschlossen
FDP	299.066,67€	315.100,00 €	315.100,00 €	349.500,00 €	375.930,00 €	Erhöhung beschlossen
Linke	237.466,67€	250.700,00 €	250.700,00 €	242.360,00 €	299.100,00 €	Erhöhung beschlossen
AfD	206.666,67€	218.500,00 €	218.500,00 €	242.360,00 €	260.680,00 €	Erhöhung beschlossen
Volt	132.000,00€	138.000,00 €	138.000,00 €	153.070,00 €	164.640,00 €	Erhöhung beschlossen
FWG/ProAuto	132.000,00€	138.000,00 €	138.000,00 €	153.070,00 €	164.640,00 €	Erhöhung beschlossen
BLW/BSW/W.	132.000,00€	138.000,00 €	138.000,00 €	153.070,00 €	164.640,00 €	Erhöhung beschlossen
Summe	2.577.500,00€	2.739.300,00 €	2.739.300,00 €	3.002.660,00 €	3.268.130,00 €	Erhöhung beschlossen

*umgerechnet auf Jahreswerte

**Angaben gemäß Haushaltsplan der Stadt. In den Jahren 2024 und 2025 weichen diese nur geringfügig von den tatsächlichen Auszahlungen ab. Im Jahr 2023 wurde die Indexierung der Fraktionsmittel im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigt. Als Vergleich: Für unsere Fraktion liegt der tatsächliche Auszahlungsbetrag für 2023 bei 147.049,31 Euro.

Wofür wir unsere Fraktionsmittel einsetzen

Wie bei vermutlich allen Fraktionen bildet Personal den größten Ausgabenblock. Das ist sinnvoll und notwendig: Die fachliche Vorbereitung der Sitzungen, die Analyse komplexer Vorlagen, die Ausarbeitung von Haushaltsanträgen, rechtliche Prüfungen oder die Betreuung von Bürger*innenanliegen lassen sich nur mit qualifizierten Mitarbeitenden leisten.

Im Jahr 2023 entfielen bei uns beispielsweise von insgesamt 148.484,56 Euro Ausgaben rund 90 % auf Personalkosten (vgl. Tabelle 2). Die restlichen Mittel verteilten sich auf:

- Büro- und Sachkosten,
- Beiträge und Mitgliedschaften,
- Fraktionsklausuren,
- Sonstiges (z. B. kleinere Arbeitsmaterialien).

Unsere Sachkosten fallen gering aus, was auch mit unseren Arbeitsprinzipien zusammenhängt: schlanke Strukturen, digitale Tools, geteilte Ressourcen und eine klare Priorisierung auf Inhalte statt Repräsentation. Teure Veranstaltungen oder repräsentative Ausgaben spielen bei uns keine große Rolle.

Tabelle 2: Fraktionsmittelverwendung Volt-Fraktion Wiesbaden

Fraktionsmittelverwendung Volt (eigene Berechnung)				
	2021*	2022	2023	2024
Büro	1.672,99 €	4.868,59 €	6.683,92 €	4.696,72 €
Personal	51.570,56 €	122.128,96 €	133.006,95 €	138.676,57 €
Beiträge	0,00 €	480,00 €	2.660,57 €	2.493,80 €
Klausuren	131,70 €	0,00 €	4.403,32 €	4.502,80 €
Sonstiges	1.418,96 €	2.158,50 €	1.729,80 €	1.382,91 €
Summe	54.794,21 €	129.636,05 €	148.484,56 €	151.752,80 €

*kein volles Jahr (April bis Dezember)

Warum wir freiwillig mehr Transparenz schaffen

Die HGO verpflichtet Fraktionen zu einer ordnungsgemäßen Verwendung ihrer Mittel – nicht jedoch zu einer öffentlichen Dokumentation. Dadurch bleibt Bürger*innen in

Wiesbaden meist verborgen, wofür Fraktionen ihre Gelder einsetzen und nach welchen Kriterien Ausgaben priorisiert werden.

Volt geht bewusst einen anderen Weg. Mit unserer freiwilligen Offenlegung möchten wir sichtbar machen,

- wofür wir Geld ausgeben,
- wo wir sparen, welche Ausgaben wir uns leisten – und welche nicht,
- und wie wir Effizienz mit politischen Inhalten verbinden.

Für uns ist der verantwortungsvolle Umgang mit Fraktionsmitteln kein technischer Nebenaspekt, sondern Ausdruck unserer politischen Kultur. Wir wirtschaften mit vergleichsweise knappen Ressourcen, setzen klare Prioritäten und investieren nur dort, wo es der Qualität unserer parlamentarischen Arbeit dient. Die freiwillige Veröffentlichung unserer Ausgaben macht dieses Vorgehen nachvollziehbar – und ermöglicht Bürger*innen, die Arbeit ihrer Fraktion transparent nachzuvollziehen und zu bewerten. Gerne könnt Ihr auch bei den anderen Wiesbadener Fraktionen nachfragen, wie diese ihre Mittel verwendet haben – ein wachsames Auge der Bürgerschaft schadet letztlich nie.

Was haben wir erreicht?

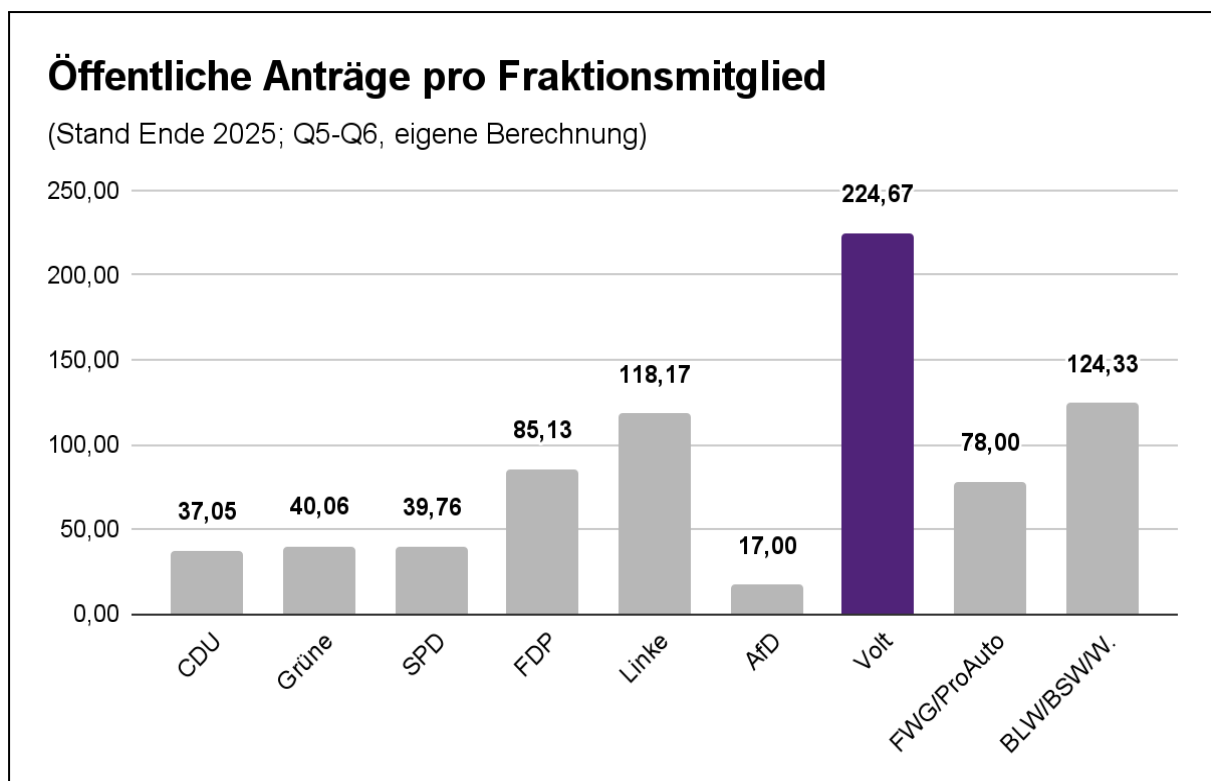
Nach fast fünf Jahren im Rathaus ziehen wir eine positive Bilanz unserer inhaltlichen Arbeit. Viele unserer ursprünglichen Ziele – sei es aus dem Wahlprogramm 2021 oder aus dem Kooperationsvertrag 2022 – haben wir erreicht oder auf den Weg gebracht. Im Folgenden möchten wir herausstellen, was wir als Volt-Fraktion konkret bewirkt haben.

Was wir bewegt haben – in Zahlen

Eine objektive rein qualitative Bewertung unserer Arbeit ist nur schwer realisierbar, weshalb wir eine quantitative Analyse mit einbeziehen, um unseren Einsatz und unsere Ergebnisse greifbar zu machen. Diese ergänzt die qualitative Bewertung und bietet Einblicke in unseren Arbeitsumfang. Gerade im Vergleich zu anderen Fraktionen zeigt sich, wie effektiv wir unsere Ressourcen im Sinne der Stadt Wiesbaden nutzen. Das gilt insbesondere im Größenvergleich zu den anderen Fraktionen und deren finanzieller Ausstattung.

Ein zentraler Indikator dafür ist die Anzahl der eingebrachten Anträge. Seit Beginn der Wahlperiode haben wir an 674 öffentlichen Anträgen als antragstellende Fraktion mitgewirkt (Stand: Ende 2025, Tabelle 3). Bezogen auf unsere drei Stadtverordneten ergibt das einen Wert von 224,67 Anträgen pro Fraktionsmitglied (Abbildung 1). Damit liegen wir mit großem Abstand an der Spitze aller Fraktionen. Selbst die ebenfalls dreiköpfigen Fraktionen BLW/BSW/Wardak (124,33) und FWG/Pro Auto (78) kommen nicht annähernd an dieses Niveau heran. Die Linke (118,17) und die FDP (85,13) liegen ebenfalls deutlich darunter und auch die großen Fraktionen CDU, Grüne und SPD liegen mit 37 bis 40 Anträgen pro Kopf weit hinter uns.

Abbildung 1: Öffentliche Anträge pro Fraktionsmitglied



Uns ist wichtig, diesen Vergleich sachlich einzuordnen. Der Indikator „Anträge pro Mitglied“ ist kein Wettbewerb, bei dem mehr automatisch besser ist. Es wäre nicht erstrebenswert, wenn große Fraktionen wie CDU, Grüne oder SPD Anträge mit einer ähnlichen Dichte einbrächten wie wir. Die parlamentarischen Strukturen, die Ausschüsse und die Verwaltung wären schlicht überlastet. Es ist deshalb selbstverständlich, dass größere Fraktionen anders arbeiten und andere Priorisierungen vornehmen müssen. Aus diesem Grund wäre es nicht fair, die Leistungsfähigkeit verschiedener Fraktionen

ausschließlich anhand von Pro-Kopf-Zahlen zu messen. Vor allem, da wir (und andere Fraktionen) Anträge meistens zusammen mit anderen Fraktionen stellen.

Tabelle 3: Öffentliche Anträge der Fraktionen

Öffentliche Anträge der Fraktionen (Stand Ende 2025; Q5-Q6, eigene Berechnung)			
Partei	Öffentliche Anträge	Öffentliche Anträge pro Stadtverordnete*n	Stadtverordnete
CDU	704	37,05	19
Grüne	681	40,06	17
SPD	676	39,76	17
FDP	681	85,13	8
Linke	709	118,17	6
AfD	85	17,00	5
Volt	674	224,67	3
FWG/ProAuto	234	78,00	3
BLW/BSW/W.	373	124,33	3

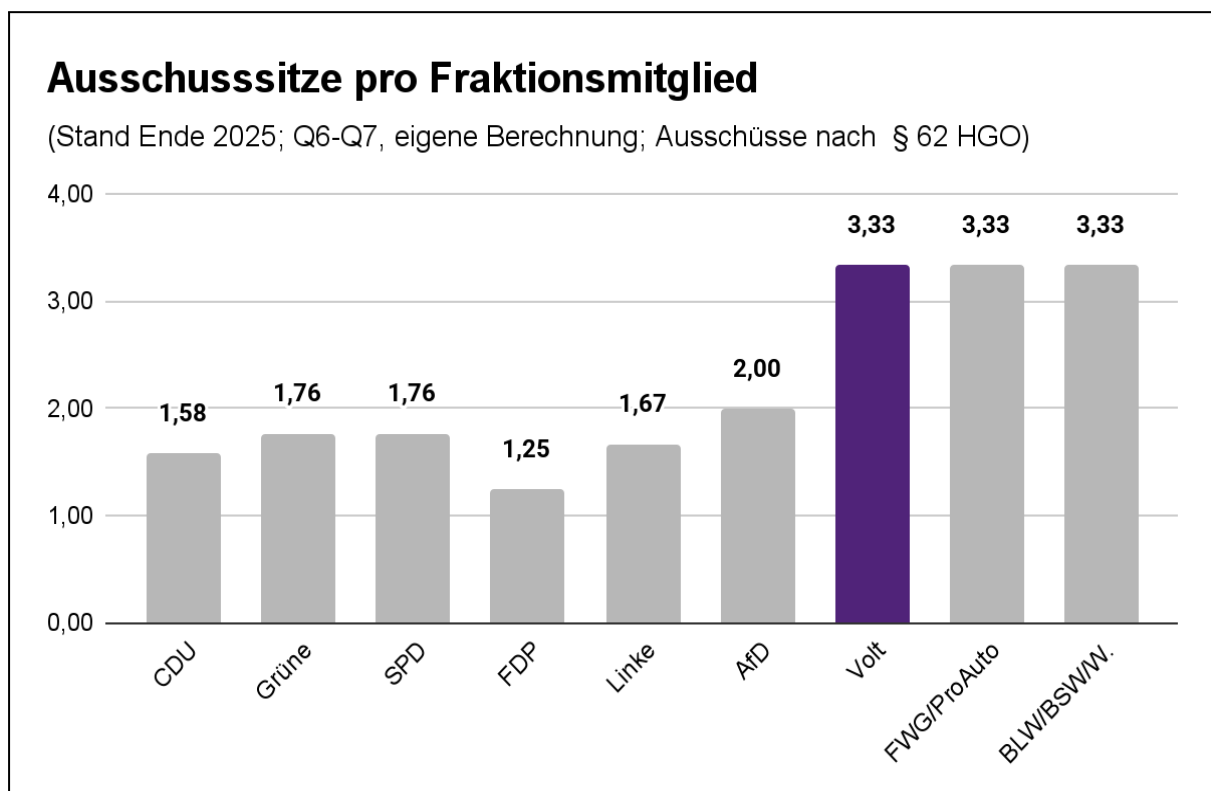
Es wäre aber auch verzerrend, unser tatsächliches Arbeitspensum dadurch zu relativieren, dass viele unserer Anträge gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern eingebracht wurden. Denn obwohl die meisten unserer Initiativen im Rahmen des Bündnisses mit Grünen, SPD und Linken entstanden sind, bedeutet dies keineswegs, dass unsere Arbeitslast geringer gewesen wäre. Jeder einzelne interfraktionelle Antrag erfordert eine vollständige inhaltliche Bearbeitung durch alle beteiligten Fraktionen: Wir mussten unsere fachliche Position formulieren, Beschlusstexte (mit)verfassen, Änderungen in den Verhandlungen innerhalb der Kooperation abstimmen, die Anträge auf ihre rechtliche und fachliche Umsetzbarkeit prüfen und sie schließlich in den Ausschüssen vertreten. Für die Arbeit im Parlament ist es deshalb nachrangig, wie viele Mit Antragsteller*innen eine Initiative hat – das Arbeitspensum für jede beteiligte Fraktion bleibt zu großen Teilen bestehen (oder sollte es zumindest, wenn jede Fraktion verantwortungsbewusst arbeitet).

Hinzu kommt, dass wir im Gegensatz zu den Oppositionsfraktionen die zusätzliche Verantwortung aus der Regierungsbeteiligung tragen. Die intensive Zusammenarbeit mit den Dezernaten, das Voranbringen gemeinsamer Projekte, das Abstimmen von Sitzungsvorlagen und die Begleitung von Umsetzungsschritten erzeugen eine erhebliche Mehrbelastung, die bei kleinen Fraktionen besonders stark ins Gewicht fällt. So haben wir

während der Kooperation ca. 1.400 Sitzungsvorlagen bearbeitet. Diese waren zum Teil relativ kurz, einige hatten aber auch mehrere hundert Seiten Anhang. Jede von ihnen erforderte aber eine genaue Auseinandersetzung mit der jeweiligen Thematik – und auch kurze Beschlüsse können viel bewirken. Die hohe Anzahl unserer Anträge und von bearbeiteten Sitzungsvorlagen zeugt somit nicht nur von unserem Engagement, sondern auch von der Effizienz, mit der wir trotz begrenzter personeller Ressourcen gearbeitet haben.

Ein Blick auf unsere Ausschussarbeit bestätigt dieses Bild. Während die Arbeit in den meisten größeren Fraktionen auf viele Schultern verteilt werden kann, mussten wir zu dritt die Arbeit übernehmen, die bei anderen Fraktionen auf eine doppelte oder sogar fast dreifache personelle Stärke verteilt ist (Abbildung 2). Wir sind in zehn Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung vertreten, was im Schnitt 3,33 Ausschussmitgliedschaften pro Person bedeutet. Zum Vergleich: In der FDP-Fraktion fallen durchschnittlich 1,25 Ausschussmandate pro Stadtverordnete*n an, bei CDU, SPD und Grünen sind es etwa 1,7 bis 1,8.

Abbildung 2: Ausschusssitze pro Fraktionsmitglied



Wir nehmen somit an deutlich mehr Ausschusssitzungen teil als Kolleg*innen in den größeren Fraktionen. Ausschusssitzungen verlangen inhaltliche Vorbereitung, kommentierende Rücksprachen, Teilnahme an Vorabgesprächen und häufig auch intensive Nachbereitungen – ein Aufwand, der sich angesichts unserer Fraktionsgröße deutlich verdichtet. Trotz dieser Mehrfachbelastung haben wir unsere Rolle aktiv ausgefüllt und in jedem Themenbereich Impulse gesetzt.

Auch unsere Umsetzungsbilanz spiegelt dies wider. Rund 72,72 % unserer Forderungen aus dem Wahlprogramm 2021 konnten wir vollständig oder teilweise umsetzen (Tabelle 4). Für eine kleine Fraktion ist diese Quote sehr hoch und zeigt deutlich, dass wir nicht nur Anträge schreiben, sondern politische Veränderungen auch tatsächlich durchsetzen. Dahinter stehen unzählige Gespräche, Abstimmungsschleifen und Kooperationsrunden, in denen wir immer wieder dafür gekämpft haben, dass zentrale Volt-Themen – von Transparenz über Digitalisierung bis hin zur nachhaltigen Mobilität – ihren Weg in konkrete Beschlüsse und Projekte finden. Diese Erfolge sind daher kein Zufall, sondern das Ergebnis konsequenter, strukturierter und ausdauernder politischer Arbeit.

Tabelle 4: Umsetzung Wahlprogramm 2021

Umsetzung Wahlprogramm 2021 (Q8, eigene Berechnung)		
Vollständig umgesetzte Maßnahmen	Teilweise umgesetzte Maßnahmen	Nicht umgesetzte Maßnahmen
28 (42,42 %)	20 (30,3 %)	18 (27,27 %)

Die verbleibenden 27,27 % unserer Wahlprogrammpunkte konnten wir hingegen noch nicht umsetzen. Das hat unterschiedliche Gründe, die jedoch auch zu großen Teilen außerhalb unseres direkten Einflussbereichs liegen. Einige Vorhaben scheiterten an der angespannten Haushaltslage der Stadt, die während der Wahlperiode kaum Spielräume für zusätzliche Investitionen ließ. Andere scheiterten an fehlenden Mehrheiten im Stadtparlament. Wieder andere Maßnahmen ließen sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen auf Landes- oder Bundesebene nicht mehr sinnvoll verfolgen oder es gab, wie wir ehrlich zugeben, auch Zuständigkeitsprobleme, also Maßnahmen, die das Stadtparlament nicht (allein) umsetzen kann. Entscheidend ist jedoch: Bei fast allen dieser Punkte haben wir nicht aufgegeben, sondern Wege gesucht, um zumindest Teilaspekte voranzubringen, Alternativen zu entwickeln oder Grundlagen für künftige Fortschritte zu schaffen.

Unsere Anträge decken inhaltlich ein breites Spektrum ab: von Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung über Verkehrssicherheit und Mobilitätswende bis hin zu sozialpolitischen Verbesserungen. Wir haben Initiativen angestoßen, die heute in der Stadtverwaltung strukturelle Veränderungen vorbereiten oder bereits eingeleitet haben. Dazu gehören Konzepte für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Handelns der Stadt, wie unser eingebrachter Antrag zur Einführung eines freiwilligen Transparenzregisters. Auch Maßnahmen zur Open-Source-Software-Strategie, zur energetischen Nutzung städtischer Gebäude durch Solarpaneele oder zur Einführung von Superblocks und zusätzlichen Tempo-30-Zonen wurden durch Anträge der Volt-Fraktion angestoßen oder entscheidend mitgeprägt. Gerade im Bereich Mobilität, Transparenz und Digitalisierung haben wir viele Vorstöße erarbeitet, die wiederum Grundlage für interfraktionelle Beschlüsse wurden. In den folgenden Unterkapiteln werden wir deshalb auf unterschiedliche Themen genauer eingehen. Dabei können wir aufgrund der Menge an Maßnahmen und Anträgen, die wir angestoßen haben, natürlich nicht jeden einzeln betrachten, sondern werden unseren Fokus auf die jeweils wichtigsten Punkte legen.

Digitalisierung und Smart City

Wiesbaden hat sich vom digitalen Nachzügler zum anerkannten Vorreiter entwickelt – und Volt hat daran einen maßgeblichen Anteil. Unser wohl symbolträchtigster Erfolg: Wiesbaden hat 2022 das erste Smart-City-Dezernat Deutschlands geschaffen. In Mainz warb man im letzten Kommunalwahlkampf sogar mit dem Slogan „*Digitalisierung wie in Wiesbaden*“. Diese Anerkennung zeigt, wie sichtbar unsere digitalen Initiativen sind.

Ganz praktisch haben wir einen Durchbruch im Bürgerservice erreicht: im Smart-City-Dezernat wurde das Video-Ident-Verfahren für Wohnsitzan- und Ummeldungen eingeführt. Bürger*innen können ihren Wohnsitz nun vollständig online an- oder ummelden, statt persönlich zum Amt zu müssen. Dadurch sparen sich jedes Jahr tausende Menschen den Weg ins Rathaus – ein Gewinn an Zeit und Komfort, gerade für Berufstätige und Familien. Der Online-Service wurde von über 80 % der Nutzenden mit „sehr gut“ bewertet. Er hat sogar den DIGITAL-Award 2024 in der Kategorie Großstädte gewonnen. Auch viele weitere Behördengänge lassen sich inzwischen digital erledigen. Wiesbaden gehört dank dieser Schritte heute zu den digital fortschrittlichsten Städten Hessens.

Parallel haben wir in die IT-Sicherheit und digitale Verwaltung investiert. Ein weiterer Erfolg ist die Modernisierung der Bürgerbeteiligungs-Plattform: Aus *dein.wiesbaden.de* wurde die neue Beteiligungsplattform *wiesbadenwirkt.de*, die benutzerfreundlicher gestaltet und um innovative Formate erweitert wurde. Auch die städtische Website *wiesbaden.de* wurde grundlegend überarbeitet – sie ist heute barrierefreier und intuitiver nutzbar. Zudem haben wir eine Open-Data-Offensive gestartet. Auf unseren Antrag hin arbeitet die Stadt seit 2023 an dem Grundsatz „Open by Default“: Städtische Daten sollen standardmäßig öffentlich zugänglich gemacht werden, sofern Datenschutz dem nicht entgegensteht. Das bedeutet mehr Transparenz und Effizienz – Informationen müssen nicht mehr mühsam auf Anfrage herausgesucht werden, wenn sie ohnehin offen bereitstehen. Derzeit läuft die Umsetzung dieses Konzepts.

Schließlich haben wir den Blick nach vorn gerichtet und Künstliche Intelligenz (KI) als Chance für die Verwaltung eingebracht. Erste Pilotprojekte untersuchen, wie KI z. B. bei der automatischen Zuordnung von Bürgeranfragen oder der Priorisierung interner Prozesse helfen kann. Unser Anspruch ist klar: Wiesbaden soll eine moderne Digitalstrategie verfolgen, die den Menschen dient – mit Online-Diensten, die Wege ersparen, mit offenen Daten, die neue Lösungen ermöglichen, und mit neuen Technologien, die die Verwaltung effizienter machen. All das erhöht letztlich die Lebensqualität und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Wiesbaden.

Mit dem „Zukunftswerk“ hat das Dezernat für Smart City im Januar 2025 im Luisenforum einen Raum für Innovation, Austausch und Mitgestaltung geschaffen – ein Ort, an dem smarte Lösungen und digitale Entwicklungen gemeinsam mit Bürger*innen gestaltet werden. Hier treffen Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft aufeinander: Workshops, Mitmachstationen und interaktive Formate ermöglichen es, Ideen kollaborativ weiterzuentwickeln. Digitalisierung darf nicht technokratisch sein – sie muss nah am Alltag der Menschen sein, ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen und gemeinsam mit ihnen gestaltet werden. Auch das bedeutet Smart City. Seit Mai 2025 hatte das Zukunftswerk über 10.000 Besucher*innen (Q9, eigene Berechnung). Ein starkes Zeichen dafür, wie digitale Transformation vor Ort gelingen kann – transparent, partizipativ und zukunftsorientiert.

Transparenz

Transparenz und Korruptionsprävention waren für uns von Anfang an Herzensanliegen. Auf unseren Impuls hin beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2023 unter anderem die Einrichtung eines freiwilligen Transparenzregisters. Ziel ist es, ein Instrument zu schaffen, das über das hinausgeht, was viele Kommunen bislang veröffentlichen, und künftig Auskünfte von Stadtverordneten über Funktionen, (Neben-)Tätigkeiten, mögliche Interessenkonflikte sowie Geschäftsbeziehungen oder Aufträge mit städtischen Unternehmen ermöglicht. Damit soll perspektivisch systematisch sichtbar werden, in welchen Bereichen Mandatstragende wirtschaftlich oder organisatorisch in die Stadt eingebunden sind – ein wichtiger Beitrag zur Prävention von Interessenkonflikten und zur Stärkung des Vertrauens in die Kommunalpolitik.

Gleichzeitig wurde beschlossen, die Einführung eines entsprechenden Registers für Magistratsmitglieder, Amtsleitungen sowie die Führungsebene städtischer Mehrheitsgesellschaften unter dienst- und arbeitsrechtlichen Gesichtspunkten prüfen zu lassen. Die damit verbundenen rechtlichen, organisatorischen und datenschutzrechtlichen Fragen erfordern eine sorgfältige Ausarbeitung, um eine rechtssichere und praktikable Lösung zu entwickeln.

Mit der im Februar 2026 anstehenden Verabschiedung des Verhaltenskodex wird bereits ein zentraler Baustein für verbindliche Standards in der Integritätspolitik geschaffen. Er kann zugleich eine wichtige Grundlage für die weitere Ausgestaltung eines Transparenzregisters bilden, das sich seitens des Magistrats noch in rechtlicher Prüfung und Erarbeitung befindet. Wir bleiben weiterhin an der Thematik dran und setzen uns für die praktische Umsetzung des Registers ein.

Finanzen und moderne Verwaltung

Gleich zu Beginn unserer Amtszeit standen wir vor riesigen finanziellen Herausforderungen: die Corona-Pandemie, Inflation und Baukostensteigerungen sowie massiv steigende Sozialausgaben haben die städtischen Rücklagen nahezu aufgebraucht. Bund und Land übertragen zudem ständig neue Pflichtaufgaben, ohne für auskömmliche Finanzierung zu sorgen. In dieser Lage mussten wir kreativ und verantwortungsbewusst handeln, um Wiesbadens finanzielle Stabilität zu sichern, ohne wichtige Leistungen zu kürzen. Um diesen Status halten zu können, sind vor dem Hintergrund von

Fachkräftemangel, steigenden Kosten sowie wachsenden Anforderungen an die staatliche Fürsorge jedoch große Anstrengungen und Reformen in der Verwaltung notwendig. Mit verschiedenen Anträgen und Reformanstößen haben wir die Grundlage für zukunftsfähige Verwaltungsreformen gelegt, welche konsequent weiterverfolgt werden müssen.

Ein Schlüsselprojekt war für uns das Zero-Based-Budgeting (ZBB). Beim ZBB beginnt die Haushaltsplanung nicht – wie üblich – mit dem Vorjahresetat, sondern bei null. Jede Ausgabe muss vollständig neu begründet werden. Dadurch wird sichtbar, welche Mittel wirklich notwendig sind und wo sich im Laufe der Jahre ungenutzte Reserven oder „Schatzkästchen“ angesammelt haben. Dieses Verfahren zwingt Verwaltung und Politik, alle Ausgaben transparent zu priorisieren, statt sie automatisch fortzuschreiben. ZBB schafft einen Überblick über den gesamten Haushalt, macht Einsparpotenziale sichtbar und stärkt die langfristige Steuerungsfähigkeit der Stadt – gerade in Zeiten knapper Mittel. Auf unsere Initiative hin beschloss die Stadtverordnetenversammlung, das Verfahren schrittweise in Pilotbereichen des Haushalts 2024 zu testen, um mehr Transparenz, Effizienz und Priorisierung im Haushalt zu erreichen. Leider wurde das Verfahren in den letzten beiden Haushaltsverhandlungen nicht mehr angewendet, obwohl die Pilotphase erfolgreich war und sein Nutzen offensichtlich ist. Wir werden deshalb in Zukunft auf eine umfassendere Anwendung von ZBB drängen, damit Wiesbadens Finanzen dauerhaft nachhaltig und transparent gesteuert werden.

Wichtig war uns auch, gerade in Krisenzeiten soziale Leistungen zu schützen. Als 2023 ein großes Defizit drohte, haben wir vehement gegen pauschale Kürzungen im Sozialbereich gekämpft – mit Erfolg. Gemeinsam mit unseren Partnern konnten wir harte Einschnitte im Sozialetat abwenden, sodass wichtige Angebote für Familien, Kinder, Senior*innen etc. erhalten blieben. Gleichzeitig haben wir eine grundlegende Verwaltungsmodernisierung auf den Weg gebracht. In einem Antrag haben wir 2024 einen umfassenden Transformationsprozess in der Stadtverwaltung angestoßen. Der Hintergrund ist klar: Demografischer Wandel und spürbarer Fachkräftemangel treffen auch Wiesbadens Verwaltung. Zugleich eröffnen Digitalisierung und neue Arbeitsweisen Chancen, städtische Abläufe smarter zu gestalten. Unsere Initiative bündelt daher alle laufenden Reformansätze – vom Fahrplan zur digitalen Transformation bis zur Optimierung abteilungsübergreifender Abläufe – in einer gemeinsamen Projektstruktur. Wir sorgen dafür, dass Doppelarbeit abgebaut wird, Standardaufgaben zentral zusammengefasst und Verantwortlichkeiten klar definiert werden. So entstehen robuste, transparent

dokumentierte Prozesse quer durch alle Dezernate. Um diese Veränderung professionell zu steuern, haben wir Mittel für ein externes Project Management Office (PMO) bereitgestellt. Dieses Büro koordiniert die Reformprojekte, priorisiert Maßnahmen und stellt ein einheitliches Projektmanagement sicher. Außerdem haben wir eine neue Arbeitsgemeinschaft „Moderne Verwaltung“ eingerichtet, in der Politik, Personalvertretungen und Verwaltungsführung regelmäßig an einem Tisch sitzen, um die Fortschritte zu überwachen.

„Parlamentarische Arbeit heißt auch kontrollieren, hinterfragen und Strukturen überprüfen. Deshalb haben wir uns in dieser Wahlperiode besonders für Transparenz und eine strukturelle Reform der Verwaltung eingesetzt.“

— Achim Sprengard, Stadtverordneter

Diese Strukturreform ist für Volt kein Selbstzweck, sondern ein *elementarer Baustein* moderner Kommunalpolitik. Nur eine vernetzte, digitale und effiziente Verwaltung kann trotz knapper Ressourcen handlungsfähig bleiben. Wichtig: Die Reform ist kein reines Sparprogramm, sondern eine Zukunftsinvestition. Durch bessere Abläufe, Nutzung von Synergien und klare Zuständigkeiten kann die Stadt ihre Aufgaben auch bei Personalmangel und Finanzdruck erfüllen. Davon merken Bürger*innen ganz konkret etwas – sei es bei der schnelleren Bearbeitung von Anträgen, weniger bürokratischen Hürden oder einem Bürgerservice, der mit der Zeit geht. Kurzum: Wir sorgen dafür, dass Wiesbadens Verwaltung effizienter, transparenter und bürgerorientierter arbeitet.

Bezahlbares Wohnen

Wohnen darf kein Luxus sein – deshalb haben wir uns für mehr bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. Soziale Gerechtigkeit und bezahlbares Wohnen gehörten von Anfang an zu unseren zentralen Anliegen. In einer Stadt wie Wiesbaden, in der die Mieten seit Jahren steigen und viele Haushalte unter der Wohnkostenlast leiden, mussten wir handeln. Zum 31.12.2024 gab es in Wiesbaden rund 153.000 Wohnungen, 2024 wurden nur 555 neue Wohnungen fertiggestellt – zu wenig, um die hohe Nachfrage zu decken (Q10). Gerade einmal rund 23 % der Haushalte besitzen zudem Wohneigentum; die überwiegende Mehrheit ist also auf Mietwohnungen angewiesen (Q10). Die Preise sind entsprechend hoch: Eine neu gebaute Eigentumswohnung kostete 2024 im Schnitt über 7.000 Euro/m² (Q10). Vor diesem Hintergrund haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt,

um Wohnen in Wiesbaden wieder bezahlbarer zu machen und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken.

Unsere wichtigsten Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum:

- **Qualifizierter Mietspiegel:** Bislang verfügt Wiesbaden lediglich über einen einfachen Mietspiegel, der Wohnungen grob nach Größe, Ausstattung und Wohnlage einteilt. Dieses stark vereinfachte Modell stößt in einem zunehmend komplexen Mietmarkt jedoch an seine Grenzen. Es bildet reale Mietpreisunterschiede nur unzureichend ab und bietet Mieter*innen wie Vermietenden wenig Rechtssicherheit. Auf unseren Antrag hin hat sich die Stadtverordnetenversammlung nun dafür ausgesprochen, anstelle der nächsten Fortschreibung des einfachen Mietspiegels die Einführung eines qualifizierten Mietspiegels vorzubereiten. Dieser wird nach wissenschaftlichen Standards erstellt und ermöglicht eine wesentlich präzisere und rechtssichere Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Mit diesem Schritt sorgen wir für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt, stärken die Rechte von Mieter*innen und schaffen eine solide Grundlage für faire Mietpreisbildung. Der qualifizierte Mietspiegel wird ein wichtiges Werkzeug sein, um bezahlbares Wohnen in Wiesbaden langfristig besser abzusichern.
- **Sozialwohnungsquote und klare Leitplanken:** Auf unseren Druck hin gelten jetzt neue verbindliche Quoten für geförderten Wohnraum bei Neubauprojekten – mindestens 30 % sozial gebundene Wohnungen bei größeren privaten Vorhaben und 40 % bei Projekten städtischer Wohnungsunternehmen. Zudem haben wir festgeschrieben, dass Neubauten klimaneutral ausgerichtet werden sollen. Die städtischen Wohnungsgesellschaften GWW und GeWeGe erhielten von uns klare soziale Leitplanken: Sie dürfen z.B. Kosten energetischer Sanierungen nur reduziert auf Mieter umlegen und sollen sich stärker auf förderfähige Wohnungsgrößen für Familien fokussieren. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass die GWW einen größeren Anteil ihres Gewinns in den Neubau und die Sanierung investiert, statt ihn an die Stadt auszuschütten. Diese Maßnahmen werden das Angebot an bezahlbaren Wohnungen spürbar erhöhen und dazu beitragen, dass auch Normalverdienende wieder eine Chance auf Wohnraum in Wiesbaden haben.

- **Kampf gegen Leerstand und Spekulation:** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir zudem ein Wohnungs-Leerstandskataster initiiert. Erstmals wird damit systematisch erfasst, wo Wohnungen ungenutzt leerstehen. Auf dieser Basis können wir Eigentümer gezielt ansprechen und motivieren, Leerstände wieder zu vermieten – etwa durch Beratung oder Hinweise auf Förderungen. Wir haben außerdem den Magistrat beauftragt, sich beim Land Hessen für die Wiedereinführung eines Zweckentfremdungsverbots einzusetzen. Dadurch soll verhindert werden, dass Wohnungen zweckentfremdet (etwa als Ferienwohnung) oder spekulativ jahrelang leer gehalten werden. Auch auf kommunaler Ebene gehen wir Spekulation an: Wiesbaden wird die Grundsteuer C wieder einführen, eine erhöhte Grundsteuer auf unbebaute baureife Grundstücke. Das schafft einen Anreiz, brachliegendes Bauland tatsächlich zu bebauen, statt es unproduktiv zu horten. Zusätzlich betreiben wir eine aktive Bodenpolitik: Auf unseren Antrag hin gibt es jedes Jahr im Haushalt ein eigenes Budget, damit die Stadt wichtige Grundstücke vorausschauend kaufen kann, um selbst bspw. Wohnprojekte anzustoßen – ein wichtiger Schritt, um mehr gemeinwohlorientiertes Bauen zu ermöglichen.
- **Innovative Lösungen für Wohnraumnutzung:** Um den bestehenden Wohnungsbestand besser auszuschöpfen, haben wir mehrere kreative Instrumente angestoßen. Dazu gehört eine Wohnungstauschbörse, über die z. B. ältere Menschen mit zu groß gewordenen Wohnungen leichter tauschen können, um Platz für Familien zu schaffen. Wir haben eine städtische Wohnberatung auf den Weg gebracht, die Mieter*innen über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten informiert. Und wir initiieren eine Informationskampagne zu bezahlbarem Wohnraum, um mehr Menschen auf Wohngeld, Wohnberechtigungsscheine und andere Förderangebote aufmerksam zu machen. Viele Berechtigte wissen gar nicht, welche Hilfe sie nutzen könnten – das wollen wir ändern, damit Unterstützung auch ankommt. Zudem haben wir durchgesetzt, dass Sozialbindungen (Belegrechte) bei geförderten Wohnungen möglichst verlängert und neue Sozialwohnungen dauerhaft gebunden werden. So bleibt einmal geschaffener günstiger Wohnraum langfristig erhalten.

Soziales und Teilhabe

Wir haben Wiesbaden sozial gerechter und inklusiver gemacht, damit alle Bürger*innen – unabhängig vom Einkommen oder Hintergrund – am städtischen Leben teilhaben können. Knapp jeder 10. Wiesbadener Haushalt ist 2024 auf Grundsicherungsleistungen (SGB II) angewiesen; bei Alleinerziehenden trifft es sogar 42 % der Haushalte (Q11). Diese Zahlen verdeutlichen, warum wir soziale Gerechtigkeit ins Zentrum unserer Politik gestellt haben. Unsere Initiativen reichen dabei von kostenfreien Bildungs- und Freizeitangeboten über faire Behandlung armer Menschen bis hin zu sichtbaren Zeichen der Weltoffenheit. Hier die wichtigsten Erfolge:

- **Kostenloser Zugang zu Bildung und Freizeit:** Mit unseren Partnern haben wir entschieden, Wiesbadens Stadtbibliothek ab 2022 gebührenfrei zu machen. Es gibt keine Jahresgebühr und selbst Mahngebühren wurden abgeschafft. Damit haben wir eine echte Bibliothek für alle geschaffen – unabhängig vom Geldbeutel. Insbesondere Familien und Jugendliche profitieren davon, kostenlos Bücher, Medien und Wissen nutzen zu können. Auch das Schwimmen für Kinder und Jugendliche haben wir vergünstigt: In den hessischen Schulferien ist der Eintritt in die Freibäder für unter 18-Jährige jetzt frei. Diese Maßnahme fördert nicht nur den Spaß und Sport der jungen Wiesbadener*innen, sondern entlastet auch finanziell viele Familien, die sich sonst Freibadbesuche sparen müssten. Insgesamt stärken wir damit Bildung, Gesundheit und Lebensfreude – elementare Bausteine für Chancengleichheit. Ein besonders wichtiger Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit ist das von uns unterstützte iPad-1:1-Projekt. Ziel ist es, allen Schüler*innen ab Klasse 5 oder 7 ein eigenes Tablet zur Verfügung zu stellen. Das Projekt ist elternteilfinanziert, doch einen großen Teil der Kosten übernimmt die Stadt. Einkommensschwache Familien können die Geräte sogar kostenlos erhalten, sodass kein Kind aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird. Dadurch wird sichergestellt, dass digitale Bildung nicht zu einer sozialen Hürde wird. Mit den Tablets können Lernmaterialien flexibel genutzt, Aufgaben digital bearbeitet und neue Formen des eigenständigen sowie kollaborativen Lernens umgesetzt werden. Damit sorgen wir für Chancengleichheit im digitalen Unterricht.
- **Fairness für einkommensschwache Bürger*innen:** Wir haben erreicht, dass ESWE-Verkehr Menschen in schwieriger finanzieller Lage nicht länger unnötig

kriminallisiert. Konkret: Fahren ohne Fahrschein wird nicht mehr automatisch von ESWE-Verkehr zur Anzeige gebracht. Zuvor führte dieses Bagatelldelikt regelmäßig zu Strafanzeigen und im schlimmsten Fall zu Ersatzfreiheitsstrafen (Haft), wenn die Geldstrafen nicht bezahlt werden konnten – eine Praxis, die sozial Schwächere überproportional hart traf. Durch unseren Antrag verzichtet die Stadt (ESWE-Verkehr) nun auf Strafanträge in solchen Fällen. Das erhöhte Beförderungsentgelt bleibt zwar als vertragliche (zivilrechtliche) Sanktion bestehen, aber die Schwelle zur Strafbarkeit wurde deutlich gesenkt. Damit verhindern wir, dass Armut zu unverhältnismäßig harten Konsequenzen führt. Diese Entscheidung entlastet direkt Menschen mit geringem Einkommen und reduziert gleichzeitig unnötige Verfahren für Polizei und Justiz. Es ist ein starkes Signal, dass Wiesbaden soziale Härte abmildert, anstatt sie zu verschärfen. Doch nicht nur das: Wir haben auch ein wichtiges Digitalprojekt für soziale Teilhabe gestartet – die WiesbadenCard. In Zukunft soll diese Karte als eine Art universaler Teilhabeausweis dienen, der verschiedene Zugänge bündelt: von Bildungs- und Teilhabeleistungen (für einkommensschwache Familien) über die Bibliotheksnutzung und Ehrenamtsangebote bis zur FreizeitCard für vergünstigte Eintritte. Die WiesbadenCard orientiert sich an europäischen Best Practices und wird erstmals alle wichtigen Sozial- und Kulturangebote in einem digitalen System vereinen. Das macht es für Bürger*innen wesentlich einfacher, die ihnen zustehenden Leistungen auch wahrzunehmen – niedrigschwellig und ohne Scham.

- **Housing First – Obdachlosigkeit wirksam bekämpfen:** Wir haben uns zudem für Housing First eingesetzt – ein Modell, bei dem wohnungslose Menschen ohne große Hürden eine eigene Wohnung erhalten und anschließend freiwillige soziale Unterstützung bekommen. Wiesbaden hat inzwischen ein solches Pilotprojekt gemeinsam mit dem Sozialleistungs- und Jobcenter sowie der GWW gestartet. Ziel ist es, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit zu holen und ihnen Stabilität, Sicherheit und eine echte Perspektive zu geben. Erste Erfahrungen zeigen: Housing First wirkt, entlastet Hilfesysteme und hilft den Betroffenen, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Umwelt und Klimaschutz

Klimaschutz und der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen waren von Beginn an Schwerpunkte unserer Arbeit. Uns war wichtig, nicht nur abstrakte Ziele auszurufen, sondern greifbare Maßnahmen auf den Weg zu bringen. In Wiesbaden geht es einerseits um die sozial gerechte Energiewende, andererseits um die Anpassung an den Klimawandel. Wir haben in beiden Bereichen entscheidende Weichenstellungen erreicht, die das Stadtklima langfristig verbessern und zugleich die Bürger*innen einbeziehen:

- **Kommunale Wärme- und Energiewende:** Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir den Beschluss „Wärmewende vorantreiben – Planungssicherheit für Bürger*innen“ durchgesetzt. Damit haben wir die kommunale Wärmeplanung als strategisches Großprojekt verankert. Wiesbaden muss nun ein konkretes Rahmenkonzept mit Zielen, Zuständigkeiten und Maßnahmen für die Wärmewende vorlegen. Dazu gehört u. a. ein Wärmekataster und eine Wärmebedarfsanalyse, die zeigen, welche Stadtteile wie viel Wärme benötigen. Auf dieser Basis wird ein Energie-Entwicklungsplan gemeinsam mit ESWE-Versorgung erstellt. Dieser legt fest, welche Viertel künftig über Fernwärme versorgt werden, wo vor allem Wärmepumpen zum Einsatz kommen sollen und wo hybride Lösungen sinnvoll sind. Ziel ist ein klimaneutrales, zuverlässiges und effizientes Wärmesystem, das Schritt für Schritt von Gas und Öl auf erneuerbare Quellen umstellt. Wir haben dafür gesorgt, dass auch innovative Wärmequellen geprüft werden: Geothermie, Solarthermie, Abwärmenutzung, Flusswärme, Biomethan – nichts soll unversucht bleiben. Gleichzeitig haben wir die Verwaltung beauftragt, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und Baustellen besser zu koordinieren, damit der Ausbau neuer Wärmenetze zügig vorankommt. Auch der Einsatz von Smart Grids und digitalen Tools zur intelligenten Steuerung der Energieinfrastruktur ist Teil unseres Konzepts.
- **Bürgerenergie und lokale Wertschöpfung:** Klimaschutz gelingt nur mit den Menschen, nicht gegen sie. Deshalb haben wir per Antrag die Förderung von Energiegenossenschaften initiiert. Bürger*innen sollen sich stärker an der Erzeugung erneuerbarer Energien beteiligen können – z. B. durch lokale Solar-, Wind- oder Biogas-Projekte. Die Verwaltung prüft nun, wo es in Wiesbaden und Umgebung geeignete Flächen und Potenziale gibt und wie Kooperationen mit z. B.

landwirtschaftlichen Betrieben aussehen könnten. Wichtig ist uns, dass die Stadt Gründungen solcher Genossenschaften aktiv unterstützt, sei es durch Beratung oder finanzielle Anschubhilfe. Das hat zwei Effekte: Zum einen steigt die Akzeptanz für erneuerbare Anlagen, wenn die Leute vor Ort selbst daran beteiligt sind und eventuell finanziell davon profitieren. Zum anderen bleibt die Wertschöpfung in der Region – Gewinne fließen an lokale Genossenschaftsmitglieder statt an Konzerne. Mit unserer Initiative werden die Bürgerenergie und die Demokratie im Energiesektor gestärkt.

- **Hitzevorsorge und Klimaanpassung:** Die Folgen des Klimawandels, zum Beispiel besonders häufige Hitzewellen, sind auch bei uns spürbar. Wir haben daher durchgesetzt, dass Wiesbaden einen umfassenden Hitzeaktionsplan erarbeitet. Dieser Plan schützt die Gesundheit der Bürger*innen in heißen Sommern – ein Aspekt des Klimaschutzes, der oft übersehen wird. Konkret haben wir beantragt, besonders gefährdete Stadtgebiete und Bevölkerungsgruppen zu identifizieren. Darauf aufbauend muss die Stadt Warn- und Alarmpläne entwickeln, z. B. um ältere oder kranke Menschen rechtzeitig vor Hitze zu warnen. Auch Empfehlungen für Pflegeheime, Kitas und Schulen soll es geben, damit sich diese Einrichtungen rechtzeitig vorbereiten können. Außerdem sollen kühle Rückzugsorte in der Stadt geschaffen werden (z. B. klimatisierte öffentliche Räume als Anlaufstellen) und Trinkwasserspender an frequentierten Orten installiert werden. Ein weiterer Punkt: Wir haben städtebauliche Maßnahmen verankert – Entsiegelung von Flächen, mehr Begrünung, Beschattung von Plätzen. Langfristig soll die Stadt dadurch weniger aufgeheizt werden.
- **Bodenschutz und Nachhaltigkeit:** Boden ist eine endliche Ressource, die im urbanen Raum oft stillschweigend geopfert wird. Wir haben daher initiiert, ein Bodenschutz- und Bodenmanagementkonzept zu erarbeiten. Dabei schauen wir uns Vorbilder wie Stuttgart an, die hier schon Erfahrung haben. Das Ziel: Wiesbaden soll den Flächenverbrauch begrenzen und die weitere Versiegelung reduzieren. Freie Flächen sollen möglichst erhalten oder intelligent nachverdichtet werden, anstatt immer neue Böden zu versiegeln. Wo möglich, wollen wir Entsiegelungen vornehmen – also Beton- oder Asphaltflächen wieder begrünen, damit Regenwasser versickern kann und das Stadtklima kühler bleibt. Der Boden erfüllt wichtige Funktionen als CO₂-Senke, Wasserspeicher und Lebensraum. Mit einem

durchdachten Konzept schützen wir diese Funktionen. Beispielsweise sollen Bauprojekte künftig stärker auf Bodenschonung achten und Ausgleichsflächen für Versiegelungen in der Stadt geschaffen werden.

- **Weniger Einwegmüll in der Stadt:** Klimaschutz fängt im Alltag an – etwa beim Coffee-to-go-Becher. Mit unserem Antrag „Mehrweg voranbringen – Flickenteppich vermeiden“ haben wir erreicht, dass Wiesbaden die neuen Mehrwegpflichten des Bundes aktiv begleitet statt nur passiv umzusetzen. Konkret bedeutet das: Die Stadt erarbeitet ein Kommunikationskonzept, um Gastronomiebetriebe umfassend über Mehrwegsysteme zu informieren. Sie organisiert den Austausch mit DEHOGA (Verband des Gastgewerbes) und IHK, um gemeinsame Lösungen zu finden. Und wir lassen prüfen, ob die Stadt ein einheitliches Mehrweg-Pfandsystem finanziell fördern kann, damit nicht jeder Betrieb sein eigenes Süppchen kocht. Ziel der Initiative ist es, Einwegmüll drastisch zu reduzieren und die Vermüllung des öffentlichen Raums einzudämmen. Gleichzeitig sollen praktikable Lösungen für Restaurants und Cafés etabliert werden, damit diese keinen Wettbewerbsnachteil haben. Dieser Vorstoß ist gut fürs Klima (weniger Ressourcenverbrauch) und gut fürs Stadtbild (weniger Müll auf Straßen und Plätzen).

Mobilität

Wiesbaden steht wie viele andere Städte vor massiven Verkehrsproblemen: Die Zahl der Autos steigt seit Jahren, während der verfügbare Raum gleich bleibt – und dieser Raum ist zudem unfair verteilt. Straßen werden durch parkende Fahrzeuge blockiert, Busse stecken im Stau, Fuß- und Radwege sind oft zu schmal, und Lärm- sowie Schadstoffbelastungen treffen besonders dicht bewohnte Viertel. Diese Entwicklung trifft vor allem die Menschen, die auf bezahlbare, zuverlässige Mobilität angewiesen sind: Kinder, ältere Menschen, Pendler*innen und Menschen mit geringem Einkommen.

Unser Ansatz ist klar: Eine Verkehrswende ist ohne einen starken, gut finanzierten, leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr nicht möglich. Nur wenn Busse und Bahnen zuverlässig, schnell und attraktiv sind, können wir Straßen entlasten, Lebensqualität erhöhen und Mobilität für alle gewährleisten. Zwischen 2021 und 2026 haben wir – gemeinsam mit Grünen, SPD und Linken – dafür die entscheidenden Grundlagen geschaffen.

- **ÖPNV sichern statt kürzen:** Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt den kommunalen Verkehrsbetrieb ESWE-Verkehr mit erheblichen Zuschüssen. Denn ESWE-Verkehr steht vor großen finanziellen Herausforderungen: steigende Energiepreise, Kostensteigerungen im Personalbereich, pandemiebedingte Einnahmeverluste, inflationsbedingte Teuerungen und Gegenfinanzierung des Deutschlandtickets. Zwischenzeitlich kam es zu spürbaren Kürzungen im Busangebot, weil der finanzielle Rahmen nicht mehr ausreichte. Wir haben darauf reagiert und die städtischen Zuschüsse für ESWE-Verkehr auf inzwischen 63 Mio. Euro für das Jahr 2026 erhöht, um ein stabiles Busangebot gewährleisten zu können.
- **Einführung des WI15-/WI10-Schülertickets:** Ein herausragender sozial- und mobilitätspolitischer Erfolg ist das WI15-/WI10-Schülerticket, das seit dem Schuljahr 2023/24 allen Wiesbadener Kindern und Jugendlichen zwischen 6 und 17 Jahren für 15 Euro im Monat die Nutzung des Nahverkehrs in ganz Hessen und Mainz ermöglicht. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien beträgt der Preis sogar nur zehn Euro. Die Stadt übernimmt die Differenz zum regulären RMV-Schülerticketpreis und finanziert das Programm unter anderem aus den Einnahmen des Bewohnerparkens. Bereits im Mai 2025 nutzten fast 20.000 Kinder und Jugendliche dieses Angebot. Für sie bedeutet das Ticket nicht nur günstige Wege zur Schule, sondern auch die Möglichkeit, Freizeit-, Lern- und Familienorte im gesamten Bundesland ohne finanzielle Hürden zu erreichen. Trotz RMV-Preiserhöhungen bleibt der Preis für Wiesbadener Familien stabil – ein spürbarer Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und echter Mobilitätsfreiheit.
- **Parkraumgestaltung und Parkraummanagement:** Mit der Umgestaltung des Elsässer Platzes wurde zudem ein städtebaulich und verkehrspolitisch wegweisendes Projekt umgesetzt. Die Errichtung der neuen Quartiersgarage mit 429 Stellplätzen – alle ausgestattet mit eigener E-Ladestation – ermöglicht erstmals, den bislang als Parkplatz genutzten Platz in eine Grün- und Spielfläche zu verwandeln. Das Parkhaus bietet Carsharing-Stellplätze, Abstellflächen für E-Scooter sowie überdachte Fahrrad- und E-Bike-Parkplätze mit Ladepunkten. Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach erzeugt jährlich bis zu 97.709 Kilowattstunden Strom. Das neue Parkhaus schafft Raum für einen völlig neuen Stadtpark, der die Lebensqualität im dicht bebauten Westend erheblich steigert. Der Parkumbau

kostet rund 7,6 Millionen Euro. Parallel dazu hat die Stadt ihr Parkraummanagement modernisiert. Parken soll in der ganzen Stadt geordnet und effizient erfolgen, damit Suchverkehr verringert wird und Straßen wieder Platz für sichere Fuß- und Radwege sowie leistungsfähige Buskorridore bieten. In den vergangenen Jahren wurden Ladeinfrastruktur und digitale Anzeigen in Parkhäusern ausgebaut und das Parken wird zunehmend an den Rand der Innenstadt oder in bauliche Anlagen verlagert. Der Grundsatz lautet: Oberirdische Flächen sollen primär Menschen, nicht Autos gehören. Um Pendlerverkehre zu reduzieren, wurden zudem Park-and-Ride-Angebote ausgebaut.

- **Neuer Nahverkehrsplan:** Ein zentraler strategischer Meilenstein war schließlich der Ende 2024 verabschiedete Nahverkehrsplan 2024, an dessen Entwicklung sich Volt intensiv beteiligt hat. Der Plan beschreibt die künftige Entwicklung des Bus- und Bahnangebots bis 2030 und stellt die umfassendste Reform des Wiesbadener Busnetzes seit Jahrzehnten dar. Er beinhaltet neue Tangentiallinien, die erstmals direkte Verbindungen zwischen verschiedenen Stadtteilen ohne Umweg über die Innenstadt schaffen. Zudem werden bislang schlecht angebundene Gebiete wie die Holzstraße in Schierstein, der Neroberg, die Maaraue oder die Aukammallee in das ÖPNV-Netz integriert. Herzstück des Plans ist ein klares Taktversprechen: Hauptlinien sollen verlässlich im 15-Minuten-Takt, Nebenlinien im 30-Minuten-Grundtakt verkehren – und das über den gesamten Tagesverlauf hinweg. Neues Linienmarketing mit Metro-, Sprinter-, Stadtbus- und On-Demand-Linien erleichtert die Orientierung für Fahrgäste. Darüber hinaus berücksichtigt das Zielnetz 2030 große Zukunftsprojekte wie die Wallauer Spange, die Reaktivierung der Aartalbahn und neue Entwicklungsgebiete wie das Ostfeld oder den Sportpark Rheinhöhe. Der Plan zeigt auch klar auf, dass Wiesbaden mehr Fahrzeuge, mehr Personal und zusätzliche Infrastruktur wie einen zweiten Busbetriebshof benötigt, um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Stadtentwicklung und Schulbau

Wiesbaden steht vor großen räumlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen. Unsere Stadt wächst, die Flächen sind knapp, die Mobilitätswende verlangt neue Lösungen und Schulen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Für Volt war deshalb von Anfang an klar: Stadtentwicklung muss vorausschauend, nachhaltig und sozial ausgewogen gestaltet

werden. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Kooperation haben wir zentrale Weichen gestellt, damit Wiesbaden auch in Zukunft ein lebenswerter Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort bleibt.

- **Flächennutzungsplan 2040:** Ein wichtiges Fundament dafür ist der neue Flächennutzungsplan 2040, an dessen Verfahren wir in dieser Wahlperiode mitgearbeitet haben. Der FNP legt langfristig fest, wo künftig gewohnt, gearbeitet und sich bewegt werden soll. Uns war dabei besonders wichtig, dass die Planung transparent erfolgt und Bürger*innen, Ortsbeiräte und Fachverbände früh einbezogen werden. Ebenso zentral ist die inhaltliche Ausrichtung: Der neue FNP soll ökologische Kriterien, nachhaltige Mobilität, kompakte Siedlungsstrukturen und soziale Durchmischung zusammenführen. Dazu gehört auch, Gewerbeflächen vorausschauend zu entwickeln, damit Arbeitsplätze und Wohnraum nicht räumlich auseinanderdriften. Volt hat darauf gedrängt, dass Wiesbaden langfristig denkt und dabei ein Gleichgewicht zwischen Wachstum, Lebensqualität und Klimaschutz wahrt.
- **Ostfeld:** Das aktuell größte Projekt der Wiesbadener Stadtentwicklung ist das Ostfeld. Volt steht der Idee eines neuen Quartiers grundsätzlich offen gegenüber, hat jedoch klare Bedingungen formuliert, damit dieses Vorhaben verantwortungsvoll umgesetzt wird. Für uns ist eine gute Verkehrsanbindung das entscheidende Kriterium – insbesondere eine Schienenverbindung zum Hauptbahnhof, um zusätzlichen Autoverkehr zu vermeiden. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Ostfeld nur in einer Größenordnung entwickelt wird, die sowohl ökologisch vertretbar als auch sozial sinnvoll sowie finanziell vertretbar ist. Das Quartier soll durchmischt sein, mit Wohn- und Arbeitsflächen, die Qualität statt Quantität in den Mittelpunkt stellen. Und: Wenn vergleichbarer Wohnraum anderswo schneller oder kostengünstiger geschaffen werden kann, muss das Projekt neu bewertet werden. Für uns gilt: Stadtentwicklung darf nicht überhastet sein, sondern muss Lebensqualität, Klimaschutz und soziale Integration in den Mittelpunkt stellen.
- **Sportpark Rheinhöhe:** Ein weiteres Großprojekt, das wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen unterstützt haben, ist der Sportpark Rheinhöhe. Er ist eine der größten Investitionen in Wiesbadens Sportinfrastruktur und ein zentrales

Projekt für die Lebensqualität der gesamten Stadt. Der Sportpark wird moderne Sportanlagen, ein neues Hallenbad, Turnhallen und Aufenthaltsflächen vereinen und damit Vereinen, Schulen und Breitensport völlig neue Möglichkeiten eröffnen. Trotz erheblicher Kostensteigerungen halten wir an dem Projekt fest, weil es weit mehr ist als ein Bauvorhaben: Es ist eine Investition in Gesundheit, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt. Besonders wichtig war uns, dass der Sportpark barrierefrei, nachhaltig und für alle Altersgruppen zugänglich ist.

- **Schulbau:** Auch im Schulbau hat die Kooperation große Fortschritte erzielt. Wiesbaden wächst – und der Bedarf an modernen, inklusiven und gut ausgestatteten Lernorten steigt. Volt hat sich konsequent dafür eingesetzt, dass Bildung im städtischen Haushalt höchste Priorität erhält. Mit über 54 Millionen Euro allein im Haushalt 2026 stellt die Stadt Rekordmittel für den Neubau von Schulgebäuden, Mensen, Turnhallen und die Digitalisierung bereit. Dazu kommen gezielte Investitionen in Sanierungen, etwa bei Toiletten, Lehrküchen und der barrierefreien Ausstattung. Uns war wichtig, dass Schulentwicklung quartiersgerecht gedacht wird: Neue Schulen entstehen dort, wo Familien wohnen, und bestehende Standorte werden so erweitert, dass sie langfristig tragfähig sind. Moderne Bildungsarchitektur ist für uns kein Luxus, sondern Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

Sicherheit und Ordnung

Eine lebenswerte Stadt ist auch eine sichere Stadt – das war für Volt und die gesamte Kooperation stets ein wichtiges Anliegen. Dabei ging es uns nicht um eine repressive Sicherheitspolitik, sondern um gezielte Maßnahmen, die tatsächliche Sicherheit, Prävention und soziale Verantwortung verbinden.

- **Luisa ist hier:** Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Luisa ist hier!“, die Volt gemeinsam mit Grünen, SPD und Linken politisch unterstützt und ausgeweitet hat. Das Projekt bietet Frauen* und Mädchen* eine niedrighschwellige Möglichkeit, sich in Gefahrensituationen diskret Hilfe zu holen – etwa auf Festen, in Bars oder im öffentlichen Raum. Seit Mai 2024 ist Wiesbaden offiziell Teil der Kampagne; auf Initiative der Kooperation wurden für 2025 gezielt Mittel in Höhe von 25.000 Euro im Haushalt eingestellt. Das Ziel: Das Angebot, das sich bereits auf dem Theatrium

und dem Festival Lore bewährt hat, soll auf weitere Feste wie den Sternschnuppenmarkt ausgedehnt werden. Volt hat sich zudem dafür eingesetzt, dass Beschicker*innen künftig systematisch geschult und auf das Programm aufmerksam gemacht werden – damit sich jeder auf Wiesbadener Festen sicher fühlen kann. So konnte die Kampagne beispielsweise schon auf die Rheingauer Weinwoche ausgeweitet werden.

- **Veranstaltungsschutz:** Auch der Veranstaltungsschutz wurde deutlich ausgebaut. Angesichts verschärfter Sicherheitsvorgaben des Landes für Großveranstaltungen hat die Stadt auf Betreiben der Kooperation reagiert und zusätzliche Vorkehrungen getroffen – etwa mobile Fahrzeugsperrren, moderne Überwachungskonzepte und mehr geschultes Personal. So konnten 210 neue Zufahrtssperren angeschafft werden, die die sichere Durchführung von Festen wie der Rheingauer Weinwoche oder dem Sternschnuppenmarkt ermöglichen.
- **Feuerwehr und Katastrophenschutz:** Eine wachsende Stadt braucht einen leistungsfähigen Brand- und Katastrophenschutz. Wiesbaden steht durch zunehmende Verdichtung, wachsenden Verkehr und klimabedingte Extremwetterlagen vor wachsenden Herausforderungen. Deshalb war die Stärkung der Feuerwehr erneut ein zentraler Punkt in den Haushaltsverhandlungen 2026. Auf Initiative der Kooperation wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 4,7 Millionen Euro für neue Löschfahrzeuge, moderne Schutzkleidung und verbesserte Infrastruktur bereitgestellt. Volt unterstützt diese Schritte, weil klar ist: Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe – und sie beginnt bei gut ausgestatteten, engagierten Einsatzkräften.

Wirtschaft und Innovation

Für Volt war immer klar: Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie soll den Menschen dienen, Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen liefern und gute Arbeitsplätze schaffen. In einer Stadt wie Wiesbaden, die stark vom Dienstleistungssektor geprägt ist und gleichzeitig vor großen Transformationsaufgaben steht, bedeutet das, die Wirtschaft breiter, krisenfester und innovationsfreundlicher aufzustellen. Genau daran haben wir kontinuierlich gearbeitet – vom klassischen Handwerksbetrieb bis zum modernen Start-up.

- **Stärkung des Handwerks:** Eine zentrale Säule dieser Strategie war die Stärkung des Handwerks, das mit über 3.300 Betrieben in Wiesbaden einen unverzichtbaren Beitrag für die Energiewende, Gebäudesanierungen, die Modernisierung der Infrastruktur und eine funktionierende Versorgung leistet. Zugleich steht das Handwerk selbst unter Druck: Fachkräfte fehlen, geeignete Flächen sind knapp, der Innovationsdruck steigt. Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir deshalb die Handwerksagenda 2030 angestoßen – ein strukturierter politischer Rahmen, der die Stadt dazu verpflichtet, gemeinsam mit der Handwerkerschaft eine längerfristige Strategie zu erarbeiten. Darin geht es etwa darum, mehr junge Menschen für handwerkliche Berufe zu begeistern und Ausbildungswege zu verbessern, neue Gewerbeflächen zu prüfen und Mobilitätslösungen für Handwerker*innen zu erleichtern, etwa durch praxistaugliche Parkkonzepte in der Innenstadt. Ebenso wichtig ist es, das Handwerk stärker in Innovationsprojekte einzubinden, etwa beim Einsatz digitaler Technologien im Bau oder neuer nachhaltiger Baustoffe. Damit wird das Handwerk aus seiner oft unterschätzten Rolle herausgeholt und aktiv in die ökologische Transformation eingebunden. Für Wiesbadener Bürger*innen bedeutet das letztlich ganz konkret: mehr verfügbare Fachkräfte für Sanierungs- und Bauvorhaben, kürzere Wartezeiten, bessere Arbeitsplätze und mehr wirtschaftliche Stabilität in einem zentralen Berufssektor.
- **Start-ups und Innovation:** Gleichzeitig wollten wir Wiesbaden zu einem Ort machen, an dem neue Ideen entstehen und soziale Innovation sichtbar wird. Deshalb haben wir die Entwicklung eines Social & Sustainability Start-up Hubs angestoßen – ein Leuchtturmprojekt, das die Gründerszene in Wiesbaden deutlich stärken wird. Auf unser Drängen wurde ein professionelles Konzept erarbeitet, das die besonderen Potenziale Wiesbadens hervorhebt. Die Grundidee: Gründer*innen, die soziale oder nachhaltige Geschäftsmodelle entwickeln – etwa in Bildung, Pflege, Kreislaufwirtschaft oder nachhaltiger Technologie – sollen gezielt gefördert werden. Der Hub wurde inzwischen beim Gründerzentrum Altes Gericht angesiedelt und verbindet Co-Working-Flächen, Beratung, Netzwerkangebote und Zugang zu Finanzierung. In den kommenden Jahren soll der Hub weiter ausgebaut werden. So soll Wiesbaden sich als Standort für Gründer*innen etablieren.

Hindernisse & Learnings

Trotz vieler Erfolge waren die vergangenen Jahre geprägt von strukturellen Problemen, politischen Widerständen und praktischen Grenzen kommunaler Gestaltungskraft. Gerade für eine kleine, innovationsorientierte Fraktion wie Volt war es wichtig, mit diesen Hindernissen konstruktiv umzugehen und aus ihnen zu lernen. Unsere wesentlichen Herausforderungen lassen sich in drei große Bereiche gliedern: die angespannte Finanzlage der Stadt, politische und strukturbedingte Blockaden sowie die begrenzten Ressourcen einer kleinen Fraktion.

Finanzlage der Stadt und Konnexitätsprinzip

Wiesbaden befand sich während der gesamten Wahlperiode in einer immer schwieriger werdenden finanziellen Lage. Die Stadt hatte zwar zu Beginn der Wahlperiode Rücklagen, doch wurden diese durch Pandemie, Energiekrise und wachsende Pflichtaufgaben schnell zu großen Teilen aufgebraucht. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass Bund und Land immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Das Konnexitätsprinzip existiert auf dem Papier, wird in der Praxis aber dauerhaft verletzt. Zusätzliche Kosten für den massiven Ausbau der Kinderbetreuung, steigende Sozialausgaben oder die Unterbringung von Geflüchteten sind typische Beispiele.

Für Wiesbaden bedeutete das: Ab 2022 konnten Haushalte nur noch durch Rücklagenentnahmen ausgeglichen werden, und ab 2024 drohte der Einstieg in ein Nothaushaltsszenario. Die Kooperation entschied sich für einen Mittelweg – Einsparungen, wo vertretbar, moderate Einnahmeverbesserungen, wo zumutbar. Aber klar war: Das strukturelle Defizit lässt sich damit nicht lösen.

Volt hat deshalb früh und deutlich auf das Konnexitätsproblem hingewiesen und politischen Druck aufgebaut. Wir haben Allianzen mit anderen Städten angeregt und die Option einer Klage gegen das Land Hessen ins Gespräch gebracht. Unser Learning: Kommunalpolitik kann Probleme nicht allein lösen, die auf Landes- oder Bundesebene entstehen – aber sie kann die strukturellen Missstände sichtbar machen und Druck erzeugen. Parallel dazu setzten wir auf Innovation statt nur auf klassische Kürzungen. Zero-Based-Budgeting, interkommunale Kooperationen, gezielte Strukturreformen und

bessere Nutzung von Förderprogrammen waren Ansätze, um die Haushaltslage langfristig zu verbessern. Sie haben nicht alle Probleme gelöst, aber neue Wege aufgezeigt, wie kommunale Finanzen transparenter und effizienter gestaltet werden können. Erst der Haushalt 2026 konnte wieder ausgeglichen geplant werden.

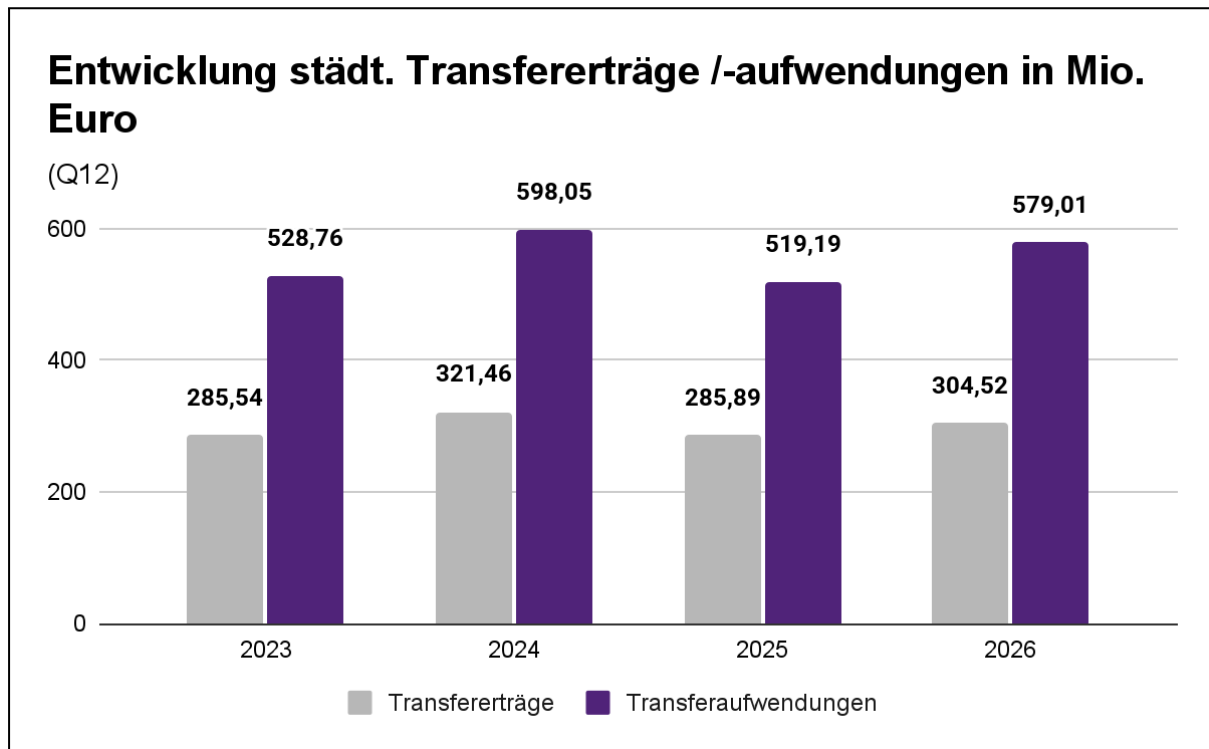
Das Konnexitätsprinzip

Wenn Land oder Bund den Kommunen neue Aufgaben übertragen, müssen sie auch die nötigen Mittel bereitstellen. Sonst können Kommunen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen – oder müssen an anderer Stelle kürzen. Das ist das Konnexitätsprinzip – in Hessen sogar in der Verfassung verankert (Art. 137 Abs. 6 Satz 2 Hessische Verfassung). Doch leider wird es oft nicht eingehalten. 2026 wird allein die Stadt Wiesbaden 579 Mio. Euro für Transferaufwendungen ausgeben (Abbildung 3). Nicht nur Wiesbaden schlägt Alarm. Auch der hessische Städtetag warnt: Städte und Kreise in ganz Hessen stecken tief in der Krise. Seit Jahren ist die Differenz zwischen Transferaufwendungen und Transfererträgen zu groß.

„Wenn uns Bund und Land Aufgaben übertragen, müssen sie auch das Geld dafür bereitstellen. Wiesbaden kann auf Dauer nicht die Kosten tragen, die Land und Bund verursachen.“

— Achim Sprengard, Stadtverordneter (Volt)

„Der Transferaufwand spiegelt die im Rahmen des Konnexitätsprinzips erbrachten Leistungen und die dazu gehörigen Erstattungen. Die Entwicklung der Jahre 2023 und 2024 zeigte einen rapiden Anstieg zwischen den Erstattungen und Aufwendungen. Bei der Darstellung der Transfererträge ist zu berücksichtigen, dass einige sehr relevante Erstattungen in der Gruppe Zuweisungen und Zuschüsse gebucht werden [und hier entsprechend nicht in den Transfererträgen enthalten sind]. Dies betrifft zum Beispiel die Erstattungen zum SGB XII sowie den Bereich des Unterhaltsvorschusses. Dieser Umstand ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Aussage, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden in großem Umfang steigende Kosten aus Transferleistungen selbst tragen muss, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Finanzbedarf.“ (Q12).

Abbildung 3: Entwicklung städt. Transfererträge /-aufwendungen in Mio. Euro

Politische Hindernisse und unser Umgang damit

Kommunalpolitik verläuft selten geradlinig. Wir sahen uns mehrfach mit politischen Blockaden, Widerständen und Verzögerungen konfrontiert – sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in der Verwaltung.

Die unklare Mehrheitslage nach der Wahl 2021 war eine erste große Herausforderung. Monatelang schien keine stabile Koalition zustande zu kommen. Für eine kleine Fraktion wie Volt bestand die Gefahr, zwischen den größeren Blöcken unterzugehen. Statt abzuwarten, haben wir Gespräche mit allen demokratischen Fraktionen aufgenommen und damit den Weg für das spätere Kooperationsbündnis geebnet. Das Learning: Politische Gestaltung beginnt nicht erst nach einer Koalitionsvereinbarung – man muss frühzeitig Beziehungen aufbauen und Themen setzen.

Gleichzeitig erlebten wir strukturelle Hindernisse innerhalb der Verwaltung. Manche beschlossenen Maßnahmen kamen nur schleppend voran, etwa weil Fachämter überlastet waren oder Prioritäten grundsätzlich anders gesetzt wurden. Hier war Hartnäckigkeit gefragt: Nachfragen in Ausschüssen, Gespräche mit Dezernaten, Erinnerungen in

Haushaltsverhandlungen. Unser Learning: Ein politischer Beschluss ist nur der erste Schritt – der entscheidende Erfolgsfaktor ist die Begleitung der Umsetzung.

Ressourcenknappheit und der Lernprozess einer jungen Fraktion

Als kleinste Fraktion der Kooperation mussten wir unsere begrenzten Ressourcen besonders effektiv einsetzen. Drei Mandatsträger und eine kleine Geschäftsstelle können nicht alle Themen gleich intensiv bearbeiten. Die Vielzahl paralleler Ausschüsse, Sitzungen und Verhandlungen stellte uns vor organisatorische Herausforderungen.

Wir begegneten dem mit klarer Arbeitsteilung, Spezialisierung und einer professionellen, komplett digitalen internen Struktur. Jeder übernahm definierte Politikfelder und wir arbeiteten eng mit fachlichen Unterstützer*innen zusammen. Genau das verschaffte uns schnell Glaubwürdigkeit. In einigen Bereichen – etwa der Finanzpolitik – konnten wir durch gründliche Expertise Vertrauen bei anderen Fraktionen und in der Verwaltung gewinnen. Auch die öffentliche Wahrnehmung war ein Thema: Als neue Kraft mussten wir uns erst beweisen. Skepsis gegenüber „den Neuen“ war spürbar. Unser Learning: Fachliche Expertise, Transparenz und Verlässlichkeit sind die stärksten Hebel, um politische Akzeptanz aufzubauen.

Was wir aus all dem gelernt haben

Die vergangenen Jahre haben uns deutlich gezeigt, welche Faktoren entscheidend sind, damit Kommunalpolitik Wirkung entfalten kann. An erster Stelle steht die finanzielle Grundlage: Ohne stabile und verlässliche Kommunalfinanzen geraten Zukunftsinvestitionen – ob in Klimaschutz, Mobilität, soziale Angebote oder digitale Infrastruktur – immer unter Druck. Gerade Innovation und Digitalisierung brauchen jedoch langfristige Planungssicherheit. Sie sind für eine moderne Verwaltung kein „Zusatzprojekt“, sondern die Voraussetzung dafür, dass eine Großstadt wie Wiesbaden auch in zehn oder zwanzig Jahren handlungsfähig bleibt.

Gleichzeitig haben wir gelernt, dass politischer Fortschritt weniger durch Lautstärke als durch Beharrlichkeit entsteht. Viele unserer Erfolge waren nur möglich, weil wir sachlich geblieben, gut vorbereitet in Verhandlungen gegangen und einmal gefällte Beschlüsse konsequent nachverfolgt haben. Ebenso wichtig war die Fähigkeit zur Kooperation: Als

kleine Fraktion konnten wir nur durch Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen und vor allem auch der Verwaltung echte Veränderungen anstoßen.

All diese Erfahrungen haben uns nicht gebremst, sondern gestärkt. Sie zeigen, dass eine engagierte, sachorientierte und moderne Fraktion trotz struktureller Hindernisse viel erreichen kann. Und sie bestätigen unseren Ansatz: Ein konstruktiver Politikstil wirkt – besonders dann, wenn er Innovation, Digitalisierung und Zukunftsorientierung ins Zentrum stellt. Wiesbaden hat auf diesem Weg Fortschritte gemacht, und wir werden diesen Kurs weiter entschlossen verfolgen.

Blick nach vorn: Was wir jetzt angehen müssen

Nach fast fünf Jahren intensiver Arbeit stellt sich die Frage, welche Aufgaben in den kommenden Jahren vor uns liegen, damit Wiesbaden lebenswert, widerstandsfähig und zukunftsfähig bleibt. Auf Grundlage unserer Erfahrungen, der offenen Punkte in laufenden Projekten und vieler Rückmeldungen aus Stadtgesellschaft und Verwaltung zeichnen sich mehrere Themenfelder ab, die unabhängig von politischen Mehrheiten konsequent bearbeitet werden sollten.

Zentrale Voraussetzung für verantwortliches Handeln bleibt ein handlungsfähiger städtischer Haushalt. Dazu gehört, begonnene Reformen fortzuführen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und digitale Arbeitsweisen auszubauen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Finanzierung der kommunalen Pflicht- und Weisungsaufgaben durch Land und Bund einzufordern und auf eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs für eine faire Berücksichtigung Wiesbadens hinzuwirken. Eine strategische Bodenpolitik und neue Beteiligungsformen an Zukunftsbranchen können zusätzliche finanzielle Stabilität schaffen.

„Viele Entscheidungen dieser Wahlperiode wirken nicht sofort, sondern langfristig. Jetzt kommt es darauf an, dass begonnene Reformen konsequent weitergeführt werden.“

— Daniel Weber, Stadtverordneter

Der Klimawandel wird Wiesbaden in den kommenden Jahren besonders herausfordern. Um die städtischen Klimaziele zu erreichen und die Lebensqualität zu sichern, müssen

Emissionen schneller gesenkt und Anpassungsmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Das umfasst den weiteren Ausbau eines leistungsfähigen Nahverkehrs, sichere Rad- und Fußwege, moderne Logistiklösungen und ein Parkraummanagement, das den öffentlichen Raum besser nutzt. Ebenso wichtig ist die Energiewende vor Ort: mehr Photovoltaik auf öffentlichen und privaten Dächern, moderne Wärmeversorgung, die Prüfung neuer Technologien und eine beständige energetische Sanierung städtischer Gebäude. Anpassung an steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster bedeutet zugleich mehr Grünflächen, schattige Aufenthaltsorte, entsiegelte Flächen, Trinkwasserangebote und gezielte Schutzmaßnahmen für besonders belastete Gruppen. Wiesbaden muss klimafit werden – mit klaren Entscheidungen und sichtbarer Umsetzung.

Auch im Bereich Mobilität und Stadtentwicklung bleibt viel zu tun. Die Stadt braucht ein Verkehrssystem, das zuverlässig, sicher und für alle zugänglich ist. Ein ausgebauter und eng getakteter ÖPNV, lückenlose, sichere Wege für Rad- und Fußverkehr und eine bessere regionale Anbindung sind dafür zentrale Bausteine. Die Innenstadt sollte in den kommenden Jahren weiter vom Durchgangsverkehr entlastet und gleichzeitig als attraktiver Aufenthaltsort gestaltet werden. Stadtentwicklung wird künftig noch stärker auf Innenentwicklung setzen müssen: die Nutzung von Baulücken, die Weiterentwicklung bestehender Quartiere und die Umnutzung von Konversionsflächen. Digitale Werkzeuge können Planungs- und Beteiligungsprozesse transparenter und schneller machen und Konflikte frühzeitig entschärfen. Ziel ist eine Stadt der kurzen Wege, die alltägliche Erledigungen, Wohnen, Arbeit und Freizeit möglichst nah beieinander ermöglicht.

Der angespannte Wohnungsmarkt wird Wiesbaden weiterhin begleiten. Deshalb braucht es dauerhaft wirksame Maßnahmen für bezahlbaren und sozialen Wohnraum – durch Neubau, Ankauf, Nachverdichtung sowie die Verlängerung auslaufender Bindungen. Die konsequente Aktivierung von Leerstand, mehr städtisch gesteuerte Wohnprojekte und eine nachhaltige Bodenpolitik können hierzu beitragen. Gleichzeitig muss die soziale Infrastruktur in den Quartieren gestärkt werden: wohnortnahe Beratungs- und Begegnungsangebote, Stadtteilzentren und niedrigschwellige Hilfen. Auch altersgerechtes Wohnen, dezentral organisierte Pflege, Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe und eine strategische Armutsprävention sind Aufgaben, die in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden müssen, damit Wiesbaden eine soziale Stadt bleibt, die niemanden zurücklässt.

Die Modernisierung der Verwaltung bleibt ebenfalls eine Daueraufgabe. Wiesbaden hat Fortschritte erzielt, doch bis zu einer konsequent digitalen, barrierefreien und bürgerfreundlichen Verwaltung ist es noch ein weiter Weg. Digitale Leistungen müssen einfach zugänglich sein, Daten sollten nur einmal erfasst werden müssen, und interne Abläufe gehören so gestaltet, dass Bürger*innen spürbar profitieren. Mehr Transparenz – etwa durch offene Daten, digitale Informationsportale oder klare Einblicke in Projekte und Haushaltsmittel – stärkt Vertrauen. Die digitale Beteiligungsplattform sollte weiter ausgebaut und enger mit analogen Formaten verzahnt werden. Gleichzeitig müssen alle Reformen so gestaltet werden, dass auch Menschen ohne digitale Kompetenzen weiterhin gut erreicht werden.

Neben den genannten Themen dürfen Bereiche wie Bildung, Kultur, Integration und Gesundheit nicht ins Hintertreffen geraten. Die Stadt steht vor der Aufgabe, Schulbau und -sanierung weiterzubringen, Ganztagsangebote auszubauen und moderne Lernorte zu schaffen. Eine vielfältige Kulturszene ist für den sozialen Zusammenhalt und die Attraktivität der Stadt unverzichtbar; sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen und geeignete Räume. Integration bleibt ein langfristiger Prozess, der Sprachförderung, Teilhabe und interkulturelle Angebote erfordert. Gesundheitspolitisch wird der demografische Wandel neue Anforderungen stellen, insbesondere im Bereich Pflege und Prävention. Hier sind wohnortnahe Strukturen, niedrigschwellige Unterstützung und frühe Gesundheitsbildung entscheidend.

Schließlich kann Wiesbaden von Kooperationen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene stark profitieren. Der Austausch über gute Lösungen, die gemeinsame Entwicklung von Projekten und eine professionelle Nutzung von Förderprogrammen können Innovation beschleunigen und finanzielle Entlastung bringen. In vielen Themen – von Mobilität über Energie bis Digitalisierung – ist Zusammenarbeit ein entscheidender Faktor dafür, dass Vorhaben schneller und effizienter umgesetzt werden können.

Die genannten Punkte bilden aus unserer Sicht die zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Viele Initiativen, die in dieser Wahlperiode begonnen wurden, werden erst in der nächsten vollständig umgesetzt oder ihre Wirkung entfalten. Entscheidend wird daher sein, dass zukünftige Stadtregierungen den begonnenen Modernisierungskurs fortführen, langfristig denken und den Mut haben, notwendige Schritte auch gegen Widerstände zu gehen. Wiesbaden hat das Potenzial, eine grüne, soziale, wirtschaftlich starke und digital

moderne Stadt im Herzen Europas zu sein – wenn es gelingt, die anstehenden Herausforderungen entschlossen und gemeinsam anzugehen.

Fazit – Was bleibt und was kommt

Nach fast fünf Jahren intensiver Arbeit lässt sich mit Gewissheit sagen: Volt hat in der politischen Landschaft Wiesbadens etwas bewegt. Wir haben Strukturen verändert, neue Themen gesetzt und Prozesse angestoßen, die weit über unsere Fraktionsgröße hinauswirken. Viele unserer Kernthemen – Digitalisierung, Transparenz, Klimaschutz, moderne Mobilität und soziale Teilhabe – sind heute fester Bestandteil des politischen Alltags und gehören inzwischen zu den strategischen Leitlinien der Stadt.

Gleichzeitig zeigt unsere Bilanz, dass politische Wirksamkeit nicht allein von der Anzahl der Sitze im Stadtparlament abhängt. Mit nur drei Mandaten, begrenzten Mitteln und einem enormen Arbeitspensum haben wir mehr als 674 Anträge gestellt, überdurchschnittlich viele Reformen vorangetrieben und 72 % unseres Wahlprogramms ganz oder teilweise umgesetzt (vgl. Tabellen 3 und 4). Wir haben Verantwortung übernommen – in der Kooperation, im Magistrat und in den Haushaltsverhandlungen. Wir haben schwierige Entscheidungen mitgetragen, Prioritäten gesetzt und gleichzeitig an vielen Stellen Einschnitte in das soziale Netz verhindert.

Es gab natürlich Rückschläge: knappe Haushaltslagen, politische Blockaden, schleppende Umsetzungen in der Verwaltung und Projekte, die sich nicht realisieren ließen. Doch jede dieser Herausforderungen hat uns stärker gemacht. Wir haben gelernt, wie wichtig klare Priorisierung, transparente Kommunikation und konsequentes „Dranbleiben“ sind. Wir haben auch gesehen, wie viel politischer Fortschritt möglich ist, wenn Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten, statt sich in parteipolitischen Ritualen zu verlieren.

Unsere Arbeit zeigt: Eine moderne politische Kultur basiert auf Transparenz. Deshalb legen wir als einzige Fraktion sämtliche Fraktionsmittel offen und machen nachvollziehbar, wie wir mit öffentlichen Geldern umgehen. Wir hoffen, dass dies ein Impuls ist, der Schule macht – in Wiesbaden und darüber hinaus.

Wiesbaden steht weiterhin vor großen Herausforderungen: klimaneutrale Wärmeversorgung, bezahlbarer Wohnraum, Mobilitätswende, soziale Gerechtigkeit,

Fachkräftemangel, Digitalisierung und eine strukturell unterfinanzierte kommunale Ebene. Doch die Grundpfeiler der Modernisierung sind heute stabiler als noch vor fünf Jahren. Dazu haben wir als Volt-Fraktion maßgeblich beigetragen.

Unser Fazit ist klar: Wir haben gezeigt, dass auch kleine Fraktionen Großes bewegen können. Dass Innovation, Pragmatismus und europäisches Denken in der Kommunalpolitik funktionieren. Und, dass verantwortungsvolle Politik nicht nur Ziele setzt, sondern auch Wege findet, sie umzusetzen.

Wiesbaden hat in dieser Wahlperiode wichtige Schritte nach vorne gemacht. Diese Entwicklung muss weitergehen – mutig, transparent, sozial und digital. Dafür stehen wir.

Quellen

- Q1: Beschluss Nr. 0159 der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 29.04.2021, online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/v/2704132>
- Q2: Haushaltsplan 2022/2023 der Landeshauptstadt Wiesbaden (S. 2456), online verfügbar unter:
https://www.wiesbaden.de/medien/downloads/rathaus/2022-07-21_LHW_Haushaltsplan-2022-2023.pdf
- Q3: Haushaltsplan 2025 der Landeshauptstadt Wiesbaden (S. 546), online verfügbar unter:
<https://www.wiesbaden.de/medien/downloads/rathaus/2025-01-27-Druckexemplar.pdf>
- Q4: Beschluss Nr. 0406 der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden vom 27.11.2025, online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/v/3573202> (in Verbindung mit Anlage Weitere Bedarfe 2026 Mastertabelle (S. 1), online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/v/3553352>)
- Q5: Politisches Informationssystem Wiesbaden - Übersicht Anträge, online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/antrag/uebersicht>
- Q6: Politisches Informationssystem Wiesbaden - Fraktionen, online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/fraktion/uebersicht>
- Q7: Politisches Informationssystem Wiesbaden - Ausschüsse Wahlzeit 2021 – 2026, online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/gremium/ausschuss/uebersicht>
- Q8: Wahlprogramm Volt Wiesbaden Kommunalwahl 2021, online verfügbar unter: https://volt-fraktion-wiesbaden.de/wp-content/uploads/2025/01/Wahlprogramm_Wiesbaden_Digital_20210217.pdf
- Q9: Dashboard Zukunftswerk, online verfügbar unter: <https://zukunftswerk.wiesbaden.de/dashboard>
- Q10: Statistisches Jahrbuch 2024 der Landeshauptstadt Wiesbaden (S. 49), online verfügbar unter: <https://www.wiesbaden.de/medien/downloads/leben-in-wiesbaden/amt-12/020-Statistisches-Jahrbuch-Gesamtausgabe-2024.pdf>
- Q11: Statistisches Jahrbuch 2024 der Landeshauptstadt Wiesbaden (S. 125), online verfügbar unter: <https://www.wiesbaden.de/medien/downloads/leben-in-wiesbaden/amt-12/020-Statistisches-Jahrbuch-Gesamtausgabe-2024.pdf>
- Q12: Vorbericht des Kämmerers zum Haushalt 2026 (S. 10), online verfügbar unter: <https://piwi.wiesbaden.de/dokument/v/3505741>

Veröffentlichungsdatum:

05. Februar 2026

Verantwortliche im Sinne des Presserechts:

Maria João Xavier Vinha

Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden



Du willst mehr über uns wissen?!



volt.wiesbaden



Volt Wiesbaden



volt-fraktion-wiesbaden.de

FUTURE  MADE IN EUROPE